

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 4. Oktober 1932
14. Jahrgang Nr. 233

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifband 8 Mk. Anzeigenpreis: Die gehobene Millimeterzeile über deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinausschlag: Die dreizehnhundert Millimeterzeile über deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestelle in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teichstraße 50. Fernsprecher 439 02. Postfach 50 (Gintewitz).
Redaktion: Breslau 10, Teichstraße 50 (Gintewitz). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—19 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Teichstraße 50. Fernsprecher 439 02.

Ab gestern morgen

Alle Reichenbacher Textilbetriebe streiken

Roter Masseneinsatz und Erwerbslose stehen Massenkampfposten / Kämpfende Belegschaft von Meyer Kauffmann, Rengersdorf, antwortet dem Streikfabrikanten Leuchtenberger in offener Abstimmung mit weiterkämpfen bis zum Sieg! / Werktätige in Stadt und Land! Steigert die Solidaritätsaktion für die streikenden Textilproleten!

Reichenbach, 4. Oktober. Ab gestern morgen befinden sich die Belegschaften aller Reichenbacher Textilbetriebe im Streik gegen den Rotverordnungsabbau. Ungefähr 1500 Männer und Frauen haben die Broden hingehauen und verteidigen ihren alten Lohn. Der Betrieb Leuchtenberger — der größte am Orte — ist gestern morgen in den Streik getreten.

Der Rote Masseneinsatz und die Erwerbslosen stehen Massenkampfposten.

Langenbielau, 4. Oktober. Am Ende voriger Woche wurden Streikende auf dem Wohlfahrtsamt wegen Unterstützung demonstrierend vorbestraft. Sie wurden auf diese Woche verurteilt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Stellungnahme der Sozialdemokraten,

Der Kollege bewies an Hand von Beispielen die verästelte Rolle der Bürokratie des DVB. und sprach gegen die geheime Abstimmung. Die kämpfende Belegschaft sollte diesem Streikfabrikanten durch eine offene Abstimmung erneut zeigen, daß sie gewillt ist, weiter zu kämpfen! Dieser Vorschlag des KPD.-Vertreters ist begeistert angenommen worden. Die offene Abstimmung ergab, daß alle Kollegen und Kolleginnen sich für Weiterkämpfen ausgesprochen haben.

Als Leuchtenberger mit seinem Auto vor das Versammlungslokal vorgefahren kam, ging ein alter Textilarbeiter auf ihn zu und schleuderte ihm entgegen:

„Du Schwindler, komm du nur rein, da werden wir dir die Schwindeldienste antreiben!“

Dieser Kollege brachte die empörte Stimmung aller Arbeiter von Meyer Kauffmann gegen die Lügen und Verleumdungen Leuchtenbergers gegen die KPD. zum Ausdruck. Die Kollegen und Kolleginnen haben im Kampfe feststellen können, daß die KPD.-Kollegen mit ihnen Schulter an Schulter kämpfen, daß sie es waren, die die Initiative zur Auslösung des Kampfes gegen Lohnraub ergriffen hatten, daß sie es waren, die ihnen mit Rat und Tat beiseite stehen!

Vorläufig kein allgemeines Streikverbot!

Papen plant Unterstützungsentzug für Streitende

Nun erst recht gemeinsamen Kampf aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Lohnabbau und Unterstützungsentzug!

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtber.) Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, werden seitens der Papen-Regierung verschärfte Maßnahmen gegen die Streikbewegung erwogen. Von einem allgemeinen Streikverbot soll aus Furcht vor einer außerordentlichen Verschärfung des Streikgesetzes zunächst noch abgesehen werden. Vorläufig ist geplant, den § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu ändern. Nach diesem Paragraphen darf einem Arbeitslosen die Unterstützung nicht entzogen werden, wenn er die Arbeit in einem

Betrieb, in dem gestreikt wird, ablehnt. Durch die Änderung des Paragraphen will man versuchen, die Erwerbslosen vor die Wahl zu stellen, Streikbrucharbeit anzunehmen oder die Unterstützung für eine Anzahl von Wochen zu verlieren. Die Papen-Regierung tritt, wenn sie glaubt, auf diese Weise die Erwerbslosen und beschäftigten Arbeiter in Gegensatz zu bringen. Die Erwerbslosen und beschäftigten Arbeiter kämpfen gemeinsam gegen Sozialabbau und Papen-Regierung.

Nicht am Fabrikator

sondern im Betrieb ist die Agitation am besten. Darum organisiert jede Zelle den

Litvertrieb im Betrieb

die den im Stadtparlament eingereichten kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Streikenden zu Fall brachten.

Die Forderung auf kommunale Unterstützung der Streikenden muß in außerparlamentarischen Massenaaktionen erkämpft werden. Dessenungeachtet muß die aktive Solidarität aller werktätigen Schichten in Stadt und Land einsehen. Die Solidaritätsaktion für die streikenden Textilarbeiter muß so stark sein, daß durch die heroische Kampffront die Unternehmer auf die Knie gezwungen werden.

Rengersdorf, 4. Oktober. Die am Freitag vorige Woche abgehaltene Versammlung der Belegschaft von Meyer Kauffmann, die seit mehreren Tagen in passiver Resistenz verharrt, widerspiegelte erneut den starken Kampfeswillen der Kollegen und Kolleginnen. Der Gewerkschaftssekretär Leuchtenberger hatte auch in dieser Versammlung versucht, die Kampfkraft durch Wischmachelei zu schwächen. Er schwindelte den Arbeitern vor, daß die Firma kein Interesse mehr an Verhandlungen mit der Belegschaft habe, weil sie den stillgelegten Betrieb Wärburg in Marklissa in Betrieb setzen werde. Dort hätten sich schon diese Erwerbslosen in „Bittgesuchen“ um Arbeit beworben. Leuchtenberger empfahl am Schluß seiner Ausführungen eine geheime Abstimmung für oder gegen Aufnahme der Arbeit.

Der Vertreter der KPD. hatte mit Zustimmung der Belegschaft — gegen den Willen Leuchtenbergers — in der Diskussion gesprochen.

Hamburger Verkehrsstreik geht weiter

Hamburg, 4. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Hamburger Verkehrsstreik geht mit größter Geschlossenheit weiter. Die Ankündigung, daß der Koalitionsrat bei der Langenhorner- und Waldbrücker-Bahn die Technische Rothhilfe einsetzen will, hat starke Erregung hervorgerufen. Gestern fanden in Hamburg Nachverhandlungen statt, die ergebnislos verliefen.

Die Fischerarbeiter und -arbeiterinnen in Wesermünde und Bremerhaven sind in den Solidaritätsstreik mit den Hamburger Hochseefischern getreten.

In Stettin traten die Arbeiter der Fabrik Schröder in Streik. Als der Unternehmer eine Anzahl Nazis einstellte, um sie als Streikbrecher zu verwenden, gelang es den Arbeitern, die Nazis vom Streikbruch abzuhalten und zum Anschluß an den Streik zu veranlassen.

Weitere Ausdehnung der Streitwelle

Im Textilbetrieb Röhbach & Krake in Delsnik (Sachsen) wurde der Lohn für Arbeiter um 18 Prozent und der Lohn für Zeitlohnarbeiter um 20 Prozent gekürzt. Daraufhin trat die Belegschaft in den Streik.

In Köln-Eifel befindet sich die Belegschaft der Wachsdruckfabrik seit dem 28. September im Streik gegen einen Lohnabbau von 50 Prozent auf Grund der Papen-Notverordnung. Die Belegschaft hat ein Kampfprogramm aufgestellt und beschlossen, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen durchzuführen.

Die Geschäftsleitung der Kunstseidenweberei Kuttner AG. in Birna (Sachsen) hat die 1800 Mann starke Belegschaft ausgesperrt, weil sie sich weigerte, einen Lohnabbau von circa 40 Prozent hinzunehmen.

Die Belegschaft der Abteilung Wäsche des Betriebes Wippermann in Hagen-Deilsborn beschloß in einer Abteilungsversammlung, gegen einen angekündigten Lohnabbau passive Resistenz durchzuführen und wenn der Unternehmer die Forderung nicht zurücknimmt, in den Streik zu treten. Gleichzeitig wurde eine Kampffront gewählt.

In Düsseldorf hat die Belegschaft der Firma Derten & Schulte die Arbeit niedergelegt.

In Kiel ist die Belegschaft der Stahlbauanstalt Handersen in den Streik getreten.

In Nürnberg-Fürth ist die Belegschaft der Bayerischen Spiegelglasfabriken gegen Lohnabbau in den Streik getreten.

In Düsseldorf sind die graphischen Hilfsarbeiter der Industrie-Verlag und Druckerei-AG. in den Streik getreten. Der Betrieb ist die größte Druckerei in Düsseldorf. Der Kampf geht gegen den Lohnabbau, wie er im neuen Schiedspruch vorgesehen ist.

Heute morgen ist die gesamte, 200 Mann starke Belegschaft der Metallfirma Steifens & Nölle gegen einen siebenprozentigen Lohnabbau in den Streik getreten.

Hamburg in den Rücken zu fallen. Ferner streikt die Belegschaft gegen die vom Unternehmer geplante 17prozentige Lohnsenkung.

Kommunistischer Vormarsch bei Gemeindevwahl

Niederlage der Nazis und der SPD.

Am 2. Oktober fand in der ostpreussischen Stadt Stallupönen eine Nachwahl zu den Gemeindevahlen statt, die feinerzeit für ungültig erklärt worden waren. Es erhellten Stimmen:

	letzte Reichstagswahl	
Nationalsozialisten	1262	2199
Wirtschaftskräfte (DNVP, DVP, Wirtschaftsp.)	653	382
SPD.	200	482
Kommunisten	820	503

Die Wahlbeteiligung lag mit 67 v. H. um 16 v. H. unter der Beteiligung an der letzten Reichstagswahl.

Die kommunistische Partei befindet sich im Vormarsch, Nazis und SPD. erlitten eine schwere Niederlage. Es gilt nun, alle die proletarischen Wähler, die von SPD. und NSDAP. abmarschieren, für die Einheitsfrontaktion zu gewinnen.

95 neue Mitglieder für die ZMh. in Wüstegiersdorf

Wüstegiersdorf. Am 29. September fand eine öffentliche Versammlung der ZMh. Ortsgruppe Wüstegiersdorf, Katt, die von 500 Personen besucht war. Genosse Overhagen, Berlin, sprach über seine Ergebnisse in Sowjetrußland. Er hat es verstanden, die Anwesenden zu fesseln. Es war bereits 12 Uhr nachts und immer mehr wollten die Arbeiter von ihm erzählt haben. 95 neue Mitglieder wurden gewonnen und 14 Marx für die Streikenden gesammelt. Es war ein großer Erfolg, da auch Kleingewerbetreibende und SPD.-Arbeiter sich der ZMh. anschlossen. Das ist die wahre Solidaritätsfront für die Streikenden. Weiter so und der Sieg der Arbeiterklasse ist nicht mehr weit.

Streikbruch-Arbeit abgelehnt — Streik!

Hamburg, 3. Oktober. Am Sonnabendmorgen trat die gesamte Belegschaft des Betriebes Gebr. Andersen, Kiel, nach einem einstimmig gefaßten Beschluß in den Streik. Dieser Streik hat insofern eine besondere Bedeutung, weil die Unternehmer Streikbrucharbeit für die Hamburger Firma Wend & Hambro, leisten lassen wollten. Die Belegschaft lehnte einmütig ab. Ihren streikenden Kollegen in

Der Kampfesmut der schlesischen Textilarbeiter ungebrochen

Delegiertentagung in Wüstegiersdorf ruft zur aktiven Solidarität!

Wüstegiersdorf, 3. Oktober. Am Samstag, dem 1. Oktober, haben sich 55 Delegierte der Textilarbeiter aus den Betrieben, die im Kampf stehen und den Betrieben, die gegenwärtig noch nicht im Kampf stehen oder von den reformistischen Kräfte schon abgewürgt worden sind. Aus jedem Betriebe berichteten die Delegierten über ihre Kampfverläufe und die Stimmung der Belegschaften. Bei allen Gelegenheiten kam zum Ausdruck, daß der Kampfesmut ungebrochen ist, auch im Betriebe Meyer Kaufmann, Wüstegiersdorf, wo der Kampf durch die Manöver der Reformisten eintägig abgewürgt wurde.

Der Betriebsratsvorsitzende Lang verhandelte allein mit der Direktion und verdrängte die Belegschaftsversammlung. Hier wurde das gleiche gemacht, wie in allen anderen Betrieben, nämlich, es wurde von den „Gefahren“ gesprochen und grübelig vor dem Streik gemacht. So sich die Belegschaften nicht überempfindlich ließen, stehen sie heute noch im Kampf.

Textilproleten! Die Einheitsfront muß hergestellt werden auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, die für Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen, während die revolutionäre Gewerkschaftsopposition für Arbeit, Brot und Freiheit kämpft.

Aufruf an alle schlesischen Textilarbeiter

Die Geduld der schlesischen Textilarbeiter ist zu Ende! Ihre lange Frustration wird ihnen durch die Papenische Notverordnung noch weiter gefürt, damit die Unternehmer in ihren Gemütern nicht geschwächt werden. Die Papen-Regierung schenkt ihnen für jeden neuangelegten Arbeiter 400 Mark und das Recht auf Lohnabbau; den Arbeitern aber bringt sie neues Elend und Kurzarbeit.

Die Kollegen der Firma Meyer Kaufmann, Langenbielau und Rengersdorf, der Firmen Cohn, Roth, Hüster, Weul & Kassauer,

Hein, Fleischer und Rosenberger in Reichenbach haben die Pläne der herrschenden Klasse durchkreuzt und stehen noch bis heute geschlossen im Kampf. Die Kollegen des Betriebes Methner & Frahm, Landesb., haben durch ihren geschlossenen, zweitägigen Streik die Direktion auf die Knie gezwungen. Sie mußte den Lohnraub zurücknehmen.

Kolleginnen und Kollegen aller schlesischen Textilbetriebe! Folgt dem Beispiel dieser Betriebe! Bedenkt, was ein widerstandsfähiges Vorgehen des Lohnraubes für euch bedeutet! Ihr sollt damit euren Kollegen in den Rücken! Meyer Kaufmann, Wüstegiersdorf, hat bereits 150 Ketten aus dem streikenden Gebiet Langenbielau zur Weiterarbeit übernommen. Weiter werden die Unternehmer auf Grund der Neueinstellung unseren Hungerlohn noch weiter kürzen, der zum Teil schon unter den Nichtsätzen der Wohlfahrt liegt.

Kolleginnen und Kollegen! Wie stellt sich nun der Deutsche

Textilarbeiterverband zu diesen folgenschweren Entscheidungen? Die Führer sprechen in allen Versammlungen nur von der Erfolglosigkeit eures Kampfes! Sie argumentieren immer wieder mit dem Verlust der Aufrichtigkeit, der Gefahr der Erwerbslosen und der großen Zahl der Unorganisierten; weiter verschärfen sie sich hinter die widersinnige Behauptung des Tarifbruches, der ihnen die Möglichkeit eines Streiks nimmt, und gerade dadurch geben sie der Papen-Regierung die Möglichkeit, diese Notverordnung durchzuführen.

Kolleginnen und Kollegen! Organisiert deshalb sofort den Abwehrkampf. Wählt euch Kampfleitungen! Nur Schulter an Schulter mit den streikenden Betrieben werbet ihr die Anschläge der Unternehmer siegreich abzuwehren. Die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse und auch die KPD. wird euch im Kampfe beistehen.

Mut, Mut und noch einmal Mut!

Reformistische Gewerkschaftsführer würgen Streit bei Hülsen ab

Durch den Streik Teilerfolg errungen

Breslau, 4. Oktober. Der Streik bei der Firma Hülsen, der auf Initiative der KPD. gegen den Lohnabbau zur Auflösung kam, ist von der Gewerkschaftsbürokratie mit einem Teilerfolg abgewürgt worden. Und dieser Teilerfolg — es werden nicht 1,50 sondern nur 1 Mark pro Woche in Abzug gebracht — ist das Ergebnis des Kampfes. Die Streikenden hätten einen vollen Sieg erringen können, wenn nicht die Gewerkschaftsführer in den stundenlangen Verhandlungen mit der Firma sich auf dieses Kompromiß geeinigt hätten. Die Versuche Streikbrecher zu vermitteln, scheiterten an den

erwerbslosen Kollegen, die sich weigerten, Streikbrucharbeit zu tun. Von dieser Seite drohte den Streikenden keine Gefahr.

Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Streikenden statt, die von der Gewerkschaftsführung einberufen war. Der Kompromißvorschlag wurde von der Gewerkschaftsführung als ihr Erfolg hingestellt. Die Bürokraten haben auch hier wiederum versucht, die KPD. als den Sündenbock hinzustellen; sie sei dafür verantwortlich, daß der Unternehmer sich mit einem kleineren Lohnabbau nicht einverstanden erklärt habe! Sie habe durch ihre (!) Streikhebe den Unternehmer in Empörung versetzt! Die Gewerkschaftsführer wandten ihre ganze Ueberredungskunst an, um die Streikenden zur Annahme des Kompromisses zu bewegen. Alle Trübs mußten hierbei herhalten. Diejenigen Kollegen, die sich für die Weiterführung des Streiks aussprachen, stellte man als unzufriedene Elemente hin! Schließlich gelang es der Gewerkschaftsführung, die Weiterführung des Streiks mit 9 gegen 11 Stimmen abzuwürgen.

Auch hier entlarvten sich die Bürokraten des DGB. als treue Knechte der Unternehmer, die fortgesetzt die Hungerlöhne abbauen. Diese Tatsache muß nun erst recht die Kollegen und Kolleginnen veranlassen, sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition anzuschließen, ihre revolutionäre Arbeit in der reformistischen Gewerkschaft zu verstärken.

Wieder neue Streikriege

In Gladbach-Rheidt hat die streikende Belegschaft der Textilfirma Welker & Co. einen vollen Erfolg erzielt. Die Direktion zog alle Lohnabbauforderungen zurück. Der Streik stand unter oppositioneller Führung.

In Neu-Sienburg war am 29. September die Belegschaft der Leder-AG. (Kaufmann) im Kampf gegen Lohnabbau zur passiven Resistenz übergegangen. Am 30. September trat die Belegschaft in den Streik. Daraufhin zog die Direktion die Lohnabbauforderungen zurück. Die erfolgten Abzüge werden nachgezahlt. Maßregelungen finden nicht statt. Der Streik wird von der KPD. geführt.

In Crimmitschau (Sachsen) wollte die Geschäftsleitung der Kammatzspinnerei Lindner einen Lohnabbau durchführen. Die kämpftätige Haltung der Belegschaft veranlaßte den Unternehmer, den Lohnabbau zurückzuziehen. Auch in den Betrieben der Firma Wolf in Kirchberg und Sauerndorf (Sachsen) erreichten die Belegschaften durch ihr Auftreten den Erfolg, daß der angekündigte Abbau des Tariflohnes nicht durchgeführt wird.

In Naunheim wehrten die streikenden Hilfsarbeiter der Druckerei Seid den Lohnabbau, wie er in dem Lohnabbauentscheidungsdruck vorgegeben ist, ab.

Die Belegschaft der Stein- und Wandplattenfabrik in Bege bei Bremen hat den von der Firma geplanten zehnprozentigen Lohnabbau durch Streik abgewehrt. Schon nach einwöchigem Streik ließ die Direktion die von der Belegschaft gewählte Kampfleitung zu sich kommen und erklärte, daß sie den Lohnabbau zurücknimmt. Die Bürokratie des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes hatte alles versucht, um den Kampf zu verhindern. Eine Belegschaftsversammlung, die mit großer Mehrheit einen Vertreter der KPD. verlangte, wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Betriebsräte aufgelöst. Aber in einer erneut einberufenen Versammlung wählte sich die Belegschaft einen Kampfausschuß aus Kollegen aller Richtungen und beschloß trotz aller Sabotage der Gewerkschaftsvertreter den Kampf.

Im Metallbetrieb Varmé in Hohenlimburg verfuhrte der Unternehmer einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent durchzuführen. Einmütig beschloß daraufhin die Belegschaft in einer Betriebsversammlung gegen den Lohnabbau in den Streik zu treten. Angesichts dieser entschlossenen Kampfbereitschaft zog die Firma den angekündigten Lohnabbau zurück.

Durch entschlossenen Kampfwillen hat die Belegschaft der Firma Meyer & Sohn in Offenbach einen Lohnabbauplan des Unternehmers abgewehrt. Nach Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Betriebsrat wollte die Firma die Affordlöhne kürzen. Als oppositionelle Kollegen diesen Plan erfuhren, wurde die Belegschaft sofort durch Handzettel mobilisiert. Die Erregung der Belegschaft hierüber wurde so groß, daß die Verhandlungen des Unternehmers mit dem Betriebsrat abgebrochen wurden. Unter dem Druck der Belegschaft zahlte der Unternehmer die alten Affordlöhne weiter.

Die Belegschaft der Norddeutschen Gemischen Fabrik in Harburg hatte beschlossen, auf Grund des durch die Direktion angekündigten Lohnabbaus von 5 Prozent für die 21. bis 40. Arbeitsstunde in den Streik zu treten. Daraufhin hat die Direktion Montag morgen bekanntgegeben, daß sie den Lohnabbau nicht durchführen wird.

Im Betrieb Baumwoll-Saat, Harburg, hat die Direktion bekanntgegeben, einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung durchzuführen. Daraufhin beschloß die Belegschaft den Streik. Die Direktion hat daraufhin den Lohnabbau zurückgenommen.

Der Streik bei Drenstein & Koppel, Berlin, endete mit vollem Erfolg. Die Direktion hat den Affordlohnabbau restlos zurückgezogen. Der Möbeltransportarbeiterstreik in Berlin ist beendet. Das

Lohnabkommen und der Manteltarif werden bis 11. März 1933 verlängert. Die Streikenden hätten zweifelsohne die Forderungen nach einem höheren Lohn erreichen können, wenn die Gewerkschaftsbürokratie nicht auf jede Weise den Streikabbruch betrieben hätte.

Der Streik bei Rothgier & Gießing in Berlin wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt. Der Verbandsvertreter erklärte, daß erst nach Aufnahme der Arbeit „Verhandlungen“ über die Löhne aufgenommen werden würden. Als in der Streikversammlung mit 40 gegen 7 Stimmen Weiterstreiken beschlossen wurde, erklärte die Bürokratie, sie werde veranlassen, daß die Arbeit dann eben von der Minderheit aufgenommen wird.

Arbeiteraktion für die „Rote Fahne“

Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Knebelung der proletarischen Presse

Nach einem dreiwöchigen Verbot wieder erschienen, wurde die „Rote Fahne“ gleich am ersten Tag wieder verboten. Das Verbot enthält das Dekret: „Die Veröffentlichung der Gründe ist verboten und würde ein erneutes Verbot zur Folge haben.“

Die Knebelung der Arbeiterpresse wird immer ungeheurer. Ein Verbot jagt das andere. Eine halbjährige Verbotsdauer für proletarische Zeitchriften wird zur täglichen Praxis. Die „Rote Fahne“ und die kommunistische Presse als Ganzes ist der herrschenden Klasse und ihrer Diktatur ein Dorn im Auge.

Die „Rote Fahne“ tritt für die Interessen der Arbeiter ein. Sie kämpft gegen Lohnabbau, Notverordnung und Papen-Regierung, sie macht die Arbeiter mobil gegen Hunger, Faschismus und Kriegsgefahr, sie rüttelt die Belegschaften auf zu Kampf, Streik und Sieg, sie formiert unermüdlich die Einheitsfront der Arbeitermassen, sie zeigt den Weg aus dem verrotteten kapitalistischen System zur Arbeiter- und Bauernrepublik, zum Sozialismus.

Jedes Verbot der „Roten Fahne“ wie der anderen proletarischen Klassenkampfblätter trifft die ganze Arbeiterklasse. Darum ist der Kampf für die Freiheit der proletarischen Presse untrennbar vom Kampf der Arbeiterklasse um Brot und Arbeit.

Belegschaften, Arbeitslose, auf zum Protest!

In jedem Betriebe, auf jeder Stempelstelle der Beschluß gefaßt: Wir fordern sofortige Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ und aller proletarischen Klassenkampforgane. Wir sagen der Presseknebelung den entschiedensten Kampf an.

Wir kämpfen in Einheitsfront gegen Presseknebelung, für die Freiheit der proletarischen Presse.

Ueber 7 160 000 Arbeitslose in Deutschland

Das „Institut für Konjunkturforschung“ stellt in seinem neuesten Wochenbericht fest, daß unter Einrechnung der „unsichtbaren“ Arbeitslosen, d. h. der faktisch nicht erfaßten, die etwa 2 Millionen Köpfe zählen,

die wirkliche Arbeitslosigkeit bereits im Juli 1932 7 160 000 betrug.

Dazu wird festgestellt, daß seit Juli die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen hat. Da die Arbeitslosenziffer in den nächsten Wochen weiter wachsen wird, weil die Saison zu Ende geht und die Folgen des Handelskrieges, der durch die Ein-

führung der Lebensmittelkontingente ausgelöst wurde, sich bemerkbar machen werden, so ist

für den kommenden Winter mit einer Gesamt-arbeitslosenzahl von 9 Millionen zu rechnen!

Fememord-Zelle im „Braunen Haus“

München, 4. Oktober. Gestern fand vor dem Münchener Arbeitersgericht ein Beleidigungsprozeß statt, den der bekannte Oberleutnant Schulz gegen die „Münchener Post“ angestrengt hatte. Die Zeugen waren beziehungsweise nicht erschienen. Im Prozeß teilte unter anderem der frühere Naziführer Ing. Dell als Zeuge mit, daß im Münchener Braunen Haus eine Fememordzelle bestünde, die seinerzeit beabsichtigt habe, Röhm und Dumoulin zu ermorden. Dell teilte dann weiter mit, daß über die homosexuelle Röhm-Gruppe eine Besprechung zuerst zwischen ihm und dem Reichsbannerführer Meyer und dann zwischen Röhm und Meyer am 2. April stattgefunden hat. Der Reichsbannerführer Meyer bestätigte das.

Starke Stimmenverluste der Nazis und SPD.

Sonneberg, 4. Oktober. (Eig. Drahtber.) Am Sonntag fanden Gemeinderatswahlen im thüringischen Ort Köpelsdorf bei Sonneberg statt. Es erhielten bei verringerter Wahlbeteiligung (die Zahlen der letzten Reichstagswahl in Klammern):

KPD.	649 (846)
SPD.	262 (450)
Nazi	492 (822)
Bürgerliche	215 (116)

Die KPD. hat die höchste Stimmzahl erhalten.

Die „Kommune“ auf 4 Monate verboten

Vom Berliner Polizeipräsidenten ist die „Kommune“ bis zum 26. Januar 1933, also auf die Dauer von vier Monaten, verboten worden. Als Verbotgründe werden aus der Nummer 18 vom 15. September und dem beigelegten Kompofunktionär Nr. 5 einige Stellen herausgezogen. Trotzdem kommunistische Kommunalpolitiker in allen Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamenten.

Schafft Solidaritäts-Ausschüsse!

Keinen Pfennig der bürgerlichen Winterhilfe!

Unterstützt das eigene Solidaritätswerk der Arbeiterschaft!

Nazi-Unternehmer diktiert 10 1/2 Prozent Lohnraub

Gebrüder Funk, Mitglieder der Nazi-Partei und Besitzer der Spezialglashüttenwerke in Penzig, führen Papens Lohnabbau-Notverordnung durch — Gewerkschaftsbürokratie in Hilfsstellung — Der große Zwiespalt in der Hitlerpartei — Die Arbeitermassen antworten mit Streik!

Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Nazi ihre Zeitungen gegen die Lohnabbauverordnung Papens vollstimmieren. Da wird geschrieben von der „Entrechtung des deutschen Arbeiters“, von den „rabiaten Lohnkürzungen“, ja selbst von den „Streiks der Arbeiter“, als Antwort auf den unerhörten Lohnabbau. Durch den einseitigen Willen aller Arbeiter zum Streik, gehen sich die Nazi-Mitglieder gezwungen, so zu reden, stehen wir doch mal wieder vor Wahlen. Wie die Nazi-Partei in Wirklichkeit zur Papen-Regierung steht, zeigt ein Aufsatz von G o e b e l s in der Jahreshilf in Breslau am 28. September. Da gestand Goebbels: „Nachdem sie (die Papen-Regierung) uns unsere Ideen gestohlen haben, möchten sie uns jetzt auch noch unsere Partei stehlen.“ Die Ideen Papens sind also von den Nazis gestohlen. Nur deshalb, das wütende Geschrei der Nazi-Führer. Sie hätten gern ihre Ideen selbst durchgeführt!

Nun gibt es aber eine Reihe so glückliche Nazimitglieder, die auf Grund ihrer sozialen Stellung in der Lage sind, die Nazi-Idee selbst durchzuführen. In dieser glücklichen Lage befinden sich auch die Besitzer der Spezialglashüttenwerke Gebrüder Funk u. Co. in Penzig O. Als Mitglieder der Nazi-Partei und gleichzeitige Unternehmer wurde von ihnen folgende Bekanntmachung an das schwarze Brett der Spezialglashüttenwerke angebracht.

Spezialglashüttenwerke Gebrüder Funk & Co.
Penzig O.L., 24. September 1932.
Postfach 23.
Bekanntmachung!
Im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 waren in unserem Betriebe hundert Arbeiter und Arbeiterinnen wöchentlich im Durchschnitt beschäftigt, während zur Zeit 137 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind.
Die Vermehrung der Arbeiterzahl beträgt also 37. Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 werden deshalb mit Beginn der kommenden Lohnwoche die Löhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 50 Prozent herabgesetzt.
Dies ergibt im Durchschnitt, auf 48 Stunden gerechnet, 10 1/2 Prozent. Bei den Akkordarbeitern erfolgt der Abzug gemäß der zweiten Durchführungsbestimmung vom 21. September 1932.
Wir teilen noch mit, daß wir inzwischen die Gewerkschaft zu Verhandlungen betreffs dieses Aushanges für Anfang kommende Woche eingeladen haben, da wir bereit sind, nicht den vollen, durch die Notverordnung uns zustehenden Prozentsatz der Lohnkürzung in Anspruch zu nehmen.

Gebrüder Funk & Co., Spezialglashüttenwerke.
Im letzten Satz wird versucht, die Arbeiter zu beruhigen. Der 10 1/2prozentige Lohnabbau ist zwar, laut Anschlag am schwarzen Brett, verordnet, aber — so sagt der Nazi-Unternehmer — wir werden erst noch mit den Gewerkschaftsführer verhandeln, vielleicht wird nicht ganz so viel von eurem Lohn geraubt. Der Nazi-Unternehmer hofft hier also auf die arbeitgeberfeindliche Praxis der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Gebrüder Funk verbinden ihre Lohnraubverordnung mit der Wahlpropaganda für die Nazi-Partei. Auf demselben Anschlagbrett war unter dem Lohnraubanschlag folgendes zu lesen:
Zu der Bekanntmachung „Notverordnung betreffend“
Wir sind grundsätzlich gegen diesen Teil der Notverordnung, weil wir ihn für ein Unrecht halten. Wir können aber allein nicht gegen den Strom schwimmen und müssen daher von dem uns aus dieser Notverordnung zustehenden Recht Gebrauch machen.
Wenn Sie derartige regierungsseitige Maßnahmen, die wir verurteilen, künftig vermeiden wollen, so müssen Sie mit dafür sorgen, daß dem Mann endlich der Weg freigemacht wird, der das Beste für alle will und auch das Beste schaffen wird. Wenn Sie ihn, wie bisher bekämpfen, so können Sie auch keinen Anspruch auf eine gesicherte Zukunft erheben.

Gebrüder Funk & Co., Spezialglashüttenwerke.
Kein Nazi-Unternehmer schwimmt gegen den Strom, wenn der Strom aus Profitquellen zusammenfließt. Das ist Hitlers Parole von „Gemeinnutz vor Eigennutz“. Sie gilt bei jedem Nazi-Unternehmer und bei den Führern nur bis vor die eigene Tasche. In der Nazi-Partei sind heute viele Unternehmer, Großgrundbesitzer, Bankiers, Grafen und Prinzen Mitglieder. Die „Schlesische Tageszeitung“ vom 29. September, läßt sogar den Bergwerksbesitzer Adolf Wagner unter anderem erklären: „Daß die Partei (die NSDAP.) jeden Arbeitgeber mit Schimpf und Schande ausschließen werde, der auf Grund der Notverordnung seinen Arbeitern den Lohn kürze.“
Wollte die Nazi-Partei das verwirklichen, so müßte sie alle ihre Unternehmer, Großgrundbesitzer, Bankiers, Grafen und Prinzen ausschließen. Da das jedoch die großen Geldgeber Hitlers sind, geht das eben nicht. Hier sibt der „Zwiespalt der Natur“, nach dem Goebbels so oft bei „Graf Orinbur“ vergebens anfragte. Die Arbeiter und Werkstätten in der Hitlerpartei betrachten die Rechnung der „Schlesischen Tageszeitung“ vom 1./2. Oktober „Aber das Wirtschaftsprogramm Papens“ mit anderen Augen, als die Nazi-Unter-

nehmer, Grundbesitzer, Bankiers, Grafen und Prinzen der Nazi-Partei. Die Rechnung der „Schlesischen Tageszeitung“ sieht so aus:
„Der Unternehmer profitiert 18 Prozent an der Arbeitsstunde! Der Arbeiter büßt 12,5 Prozent seines Lohnes ein!“
Die Antwort der Nazi-Unternehmer auf diese Rechnung sieht so aus, wie sie die Nazi-Unternehmer der Spezialglashüttenwerke Gebrüder Funk u. Co. in Penzig gegeben haben. Sie schwimmen mit dem 18prozentigen Profit und führen den 10 1/2prozentigen Lohnraub durch.
Die Antwort der Arbeiter dagegen lautet, wie bei den Metallarbeitern und Textilarbeitern in Schlesien — Streik! Auch die Ar-

beiter, die heute noch zu der Nazi-Partei stehen, werden sich in die Streikfront, Seite an Seite mit ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitsbrüder einreihen.
Die rote Einheitsfrontaktion muß über die Köpfe der Nazi-Führer und der mit dem Unternehmertum kochenden Gewerkschaftsbürokratie hinweg eine gewaltige Macht der Arbeiterklasse werden. Nur so wird jeder Pfennig Lohnraub fallen! So wird aber auch der Kampf der Hungernden gegen die Satten um Arbeit und Brot, um den Sozialismus „um eine Arbeiter- und Bauernrepublik“, erfolgreich sein.

Hindenburgspende und Lohnraub bei den Eisenbahnern

(Eisenbahnerkorrespondenz)
Grünberg. In den letzten Tagen wurde auch in der hiesigen Eisenbahnwerkstätte, Abt. Schlosserei, versucht, für die Hindenburgspende anfänglich 85. Geburtstag Hindenburgs zu sammeln. SPD-Mann Steller ist Betriebsrat der Werkstätte und sprach gegen Hindenburg und gegen die Papen-Notverordnung. Er forderte sogar die Belegschaft auf, sich nicht in die Sammelliste einzuschreiben, denn für so etwas gebe er keinen Pfennig. Die Hindenburgspende war so gedacht, daß derjenige, der 3,75 Mark spendet, ein Buch mit dem Titel „Hindenburg als Politiker, Präsident und Mensch“ bekommen sollte. Ordnungsgemäß lag die Eintragungsliste aus, keiner zeichnete sich ein. Die Eisenbahnverwaltung will sich aber nicht bei der Regierung blamieren, und so ließ der Abteilungsleiter die Belegschaft in sein Kontor kommen. Er machte die Arbeiter auf den „guten Zweck der Sache“ aufmerksam, aber keiner gab darauf Antwort. Um nun nicht ganz umsonst und leer die Liste fortzuschicken, versuchte er es anders und machte folgenden Vorschlag: Er wisse, daß der Lohn nicht besonders hoch sei; wenn aber jeder nur 50 Pfennig gebe, so würden eben die in Frage kommenden Bücher später ausgelöst werden. Wieder gab es keine Antwort, denn jeder richtete sich nach dem Betriebsrat

Steller. Nun frag der Abteilungsleiter den Betriebsrat, ob er mit dem letzten Vorschlag einverstanden sei. Alles spannte, was nun der Betriebsrat dagegen sagen würde. Dieser sprach: „Ich bin damit einverstanden!“ Der SPD-Betriebsrat rückt also vor dem Abteilungsleiter auf dem Bauche. Als der Abteilungsleiter den Jüngsten aus der Abteilung frag, erteilte dieser dem Betriebsrat folgende Antwort:
„Ich bin Arlegewaise, der Vater Staat hat sich ja bis jetzt nicht um mich gekümmert, da habe ich auch kein Interesse an dieser Sammlung!“
Der Jüngste von der Belegschaft brachte also mehr Mut auf, als der reformistische Betriebsrat. Das müssen sich die Eisenbahner merken. Genau so wie in diesem Fall wird sich der betreffende Betriebsrat im Falle eines Lohnabbaues verhalten. Für diesen Fall müssen die Eisenbahner schon heute alle Vorbereitungen treffen.
Derselbe Hindenburg, für den hier gesammelt wurde, brachte nämlich den Arbeitern die Lohnraub-Notverordnung. Die Lebenslage der Eisenbahner und ihrer Familien ist aber heute schon so elend, daß sie keinen Pfennig Lohnraub mehr vertragen können. Deshalb macht euch fertig zum Kampf! Lernt aus dem Streik der schlesischen Metall- und Textilarbeiter!

Aus dem Görlitzer Stadtparlament:

Riesen-Behälter für die Wumag-Direktoren

Wumag-Arbeiter, führt den Streit weiter, bis jeder Pfennig Lohnraub abgewehrt!

Görlitz. Friß und mit neuem Tatendrang befeuert, lehrten unsere Stadtväter am 30. September aus der Sommerfrische zu neuem Streit in ihren Wirkungskreis zurück. Nach Erledigung einiger Organisationsarbeiten, verbunden mit etlichen Neuwahlen, ging die Versammlung zu den Hauptpunkten des Tages über. Genosse Härtel beantragte, die Geheimhaltung in der Deffentlichkeit zu behandeln. Nachdem es erst dem Genossen Härtel gelungen war, die Deffentlichkeit auf die Bürgerrechtsverlängerung der Stadt gegenüber W u m a g hinzuweisen, erinnerte sich der Stadtverordneten-Vorsitzer C o h n daran, daß auch seine Fraktion einen derartigen Antrag eingebracht hatte. Er begründete das mit den Worten zum Genossen Härtel:
„Hätte ich das gewußt, würde ich Ihnen das Wort nicht erteilt haben.“
Stadtvorordneten-Vorsitzer C o h n schloß daraufhin zwecks Beratung des Antrages die Deffentlichkeit aus und in Geheimhaltung wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen die öffentliche Beratung der Angelegenheit W u m a g beschlossen. Nach der Wiederherstellung der öffentlichen Sitzung wurden vorerst weniger wichtige Tagesfragen behandelt.
Zu den vorgesehene Meliorationsarbeiten im Wege des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ auf den verpachteten städtischen Gütern, nahm der Vertreter der kommunistischen Fraktion Stellung und verlangte die Ausführung zu tariflichen Löhnen. Die SPD. stolperte dabei über einige Hemmnungen, wieder in das „kleinere Uebel“ hinein und stimmte bedingungslos zu.
Genosse P r e u k geißelte in scharfer Form die Behandlung der Arbeitsdienstwilligen auf den Arbeitsstellen. Herr Schiller von der Reichsmach-Liste wollte der Versammlung weiß machen, daß die Arbeitsdienstwilligen hingehen könnten, wo sie wollten. Die vorgedachten Mißstände seien nur auf das Nichtarbeiten wollen der Jugendlichen zurückzuführen. Zu Punkt 12 der Tagesordnung: Verpflichtung der Jagdnutzung in den Revieren Heiligensee, Zibelle und Neuhäus (auf besagten Gebieten befinden sich 3 Jagdhäuser mit im ganzen 12 Zimmern, 2 Küchen, 1 Badezimmer, Nebengelassen, Stall

und Autogaragen, der bauliche Zustand ist im ganzen gut), stellte die kommunistische Fraktion den Antrag, dort ein Erholungsheim für bedürftige Kinder zu errichten und die Jagd in eigener Regie durch die städtischen Förster zu übernehmen.
Daraufhin waren die von Herrn Dr. Weill erst im besten Zustand befindlichen Gebäude seiner Ansicht nach nicht mehr so gut. Auch war diesem die Wildpflege nötiger, als Kinderpflege. Der allseitig wohlbekannte P o l i z e i - S c h u l z e hatte im Anfang seiner Rede einen „lichten“ ersten Augenblick, als er aber näher zusah, waren ihm die Kosten zu hoch. Wie üblich, wurde auch dieser Antrag gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt.
Bei der Behandlung der W u m a g zeigte es sich (in Sachen der Bürgerrechte), daß es den Herren der kapitalistischen Gesellschaft nicht recht war, daß dieser Punkt vor der Deffentlichkeit behandelt wurde. Was umso verständlicher wird, als es sich jetzt herausstellte, daß seiner Zeit bei der Bewilligung der Bürgerrechte „vergessen wurde“ einen Abklausurtermin in der schriftlichen Urkunde festzulegen und die Stadt keine Möglichkeit besitzt, aus dieser Polytechnischen herauszukommen.
Absolute Haftbarmachung derjenigen, welche solche Verträge zu Ungunsten der wertvollen Stadtbewohner ausgearbeitet haben.

Zu was sonst bezahlt die Stadt ihre Juristen, wenn sie nicht die einfachsten Gepllogenheiten bei geschäftlichen Abmachungen kennen? P o r n i n g (SPD.) betonte gleich zu Anfang, daß er keinen Druck ausüben wolle, um nicht den Anschein zu erwecken, daß er die Bürgerrechte der Stadt dazu benutze, den Streit der Wumag-Proleten entscheidend zu beeinflussen. Im großen und ganzen, war auch er trotz aller schönen Reden betreffs der hohen Direktorengehälter, für die bedingungslose Verlängerung der Bürgerrechte. Trotz aller erdentlich Anstrengungen unserer Vertreter, denen sich in diesem Punkte SPD. und NSDAP. angeschlossen, war es nicht möglich, über die phantastische Höhe der Direktorengehälter nähere Angaben zu erhalten. Die Interessensvertreter der Wumag gebärdeten sich hierbei wie Bären, die auf der heißen Platte Tanzten lernen.
In der Debatte wurden Gehaltssummen von 50 000 RM. bis 120 000 RM. pro Kopf, außer den Lantien und Aufwandsentschädigungen für sieben Direktoren genannt.

Es wurden einige besonders traffe Fälle von Güntlingwirtschaft und Doppelverdienern zum Vortrag gebracht. Es war wirklich ergötig, sich das Theater, für das kein Eintrittsgeld verlangt wurde, mit ansehen zu dürfen. Stadtvorordneten-Vorsitzer C o h n löste sich auf seinem Post im Topf schlagen. Sommer und Jensen konnten, kräftig unterstützt von der Frau W a n g l i k und Herrn W ä j a t e, durchaus nicht feststellen, wem von den beiden eigentlich der Preis im Lügen, Verdrehungslust, „Agurenkläffeln“ und Hintertreppengedanken zuzufame. Ein ganz toller Fall von Mißwirtschaft bei der Wumag wurde von einem bürgerlichen Vertreter erzählt. Direktor G e h e r soll demnach unter anderem ein zinsfreies Darlehen von zirka 30 bis 40 000 RM. von der Wumag bis zum Jahre 1943/44 erhalten haben. Dieses Darlehen hat er angeblich jetzt der Wumag als Rückdarlehen gegen höchsten Zinssatz angeboten. Demselben Herrn, der wegen seiner eminenten Tüchtigkeit bereits vor Jahren gegangen wurde, wirft man heute noch eine Summe von monatlich 1250 RM. nach. An diesen Entschädigungen ersehen die Wumag-Arbeiter, wohin der Profit, den man aus ihnen herausquetscht, fließt. Die Taschen der Direktoren sind immer voll. Die Besitzenden haben noch nie auf ihren Luxus verzichtet. Mit um so größerer Energie müssen die freiziehenden Wumag-Arbeiter ihren Kampf geschlossen weiterführen, bis der letzte Pfennig Lohnraub abgewehrt ist.

Gummitnüppel und blaue Bohnen, statt Brot

(Erwerbslosenkorrespondenz)
Hermisdorf (Kynast). Laut Papen-Notverordnung wurde auch in Hermisdorf (Kynast) die Wohlfahrtsunterstützung am Sonnabend, den 21. September, gekürzt. Am folgenden Donnerstagnachmittag waren die Erwerbslosen aller Parteilichungen im Gasthaus „Zum Kynast“ versammelt. Die dort Versammelten schiedten eine Abordnung zum Gemeindevorstand mit zwei Anträgen. In diesen Anträgen verlangten sie für den kommenden Sonnabend die ungelieferte Unterstützung, zweitens eine ausreichende Winterbeihilfe in Form von Kohlen, Kartoffeln und für die Schulkinder Bekleidung. Ferner wurde die sofortige Einrichtung einer Volkstische gefordert. Mit dem üblichen Schmus von Versprechungen wurde die Kommission abgefertigt. Die Erwerbslosen, welche der Kommission gefolgt waren, nahmen dies Resultat mit Enttäuschung entgegen. Statt nun am Sonnabend, dem 1. Oktober, in den Empfang der alten Unterstützung zu kommen, sahen die Erwerbslosen vor dem Amt eine ganze Verechtschaft von Polizei.
Außer einigen Mietmachern verweigerten die Erwerbslosen die Annahme der Unterstützung. Trotz wiederholten Aufforderungen verweigerten die Erwerbslosen die gekürzte Unterstützung und brachten durch Sprechchöre ihre Meinung zum Ausdruck. Daraufhin forderte die Polizei zum Auseinandergehen auf und ging sofort zum Angriff über. Die Erwerbslosen wurden mehrerer Male durch die Straßen ge-

jagt, wobei es die üblichen Schläge und Prüffe gab. Auch Zwangsstellungen fehlten nicht. Da die Polizei auf diese Weise mit den Rebellierenden nicht fertig wurde, versuchte man wieder zu verhandeln. Die Erwerbslosen forderten, wenn die Gemeinde kein flüssiges Geld hat, den fehlenden Betrag zu zahlen, dafür in dieser Höhe Vorkarten herauszugeben. Auch das wurde abgelehnt. Da man nun mit den Erwerbslosen gar nicht fertig wurde, holte man noch mehr Landjäger aus dem Kreise zusammen. Doch auch diese und Drohungen aller Art konnten den Erwerbslosen die Unterstützung nicht aufzwingen. Die Kollegen bestanden auf ihrer Forderung: Auszahlung in voller Höhe!
Daraufhin jagte die Polizei mit gezogenem Revolver und Gummitnüppel die Erwerbslosen auseinander. Besonders hat sich hierbei der Landjäger Heinrich aus Warmbrunn und der Landjäger aus Goin hervorgetan.
Unter der Bedingung, daß am kommenden Sonnabend die alte Unterstützung und das bisher Abgezogene ausbezahlt wird, nahmen dann am Nachmittag die Erwerbslosen die Unterstützung an. Die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger von Hermisdorf sind gewillt, falls ihre Forderung abgelehnt wird, am kommenden Sonnabend den Kampf wiederum aufzunehmen und haben gezeigt, daß sie nicht kampffähig verhungern werden.

Es wurden einige besonders traffe Fälle von Güntlingwirtschaft und Doppelverdienern zum Vortrag gebracht. Es war wirklich ergötig, sich das Theater, für das kein Eintrittsgeld verlangt wurde, mit ansehen zu dürfen. Stadtvorordneten-Vorsitzer C o h n löste sich auf seinem Post im Topf schlagen. Sommer und Jensen konnten, kräftig unterstützt von der Frau W a n g l i k und Herrn W ä j a t e, durchaus nicht feststellen, wem von den beiden eigentlich der Preis im Lügen, Verdrehungslust, „Agurenkläffeln“ und Hintertreppengedanken zuzufame. Ein ganz toller Fall von Mißwirtschaft bei der Wumag wurde von einem bürgerlichen Vertreter erzählt. Direktor G e h e r soll demnach unter anderem ein zinsfreies Darlehen von zirka 30 bis 40 000 RM. von der Wumag bis zum Jahre 1943/44 erhalten haben. Dieses Darlehen hat er angeblich jetzt der Wumag als Rückdarlehen gegen höchsten Zinssatz angeboten. Demselben Herrn, der wegen seiner eminenten Tüchtigkeit bereits vor Jahren gegangen wurde, wirft man heute noch eine Summe von monatlich 1250 RM. nach. An diesen Entschädigungen ersehen die Wumag-Arbeiter, wohin der Profit, den man aus ihnen herausquetscht, fließt. Die Taschen der Direktoren sind immer voll. Die Besitzenden haben noch nie auf ihren Luxus verzichtet. Mit um so größerer Energie müssen die freiziehenden Wumag-Arbeiter ihren Kampf geschlossen weiterführen, bis der letzte Pfennig Lohnraub abgewehrt ist.

Neumarkt Herren-, Damen-Frisier-Salon sep. Parfümerien, Netze, Toilettenartikel 47007 Eduard Lux, Ring 51

Glogau Seifenhaus Gebr. Strumpf jetzt Langestraße 33 47313

Herren- und Knabenbekleidung Adolf Krentzberger Markt 18 47101 Tabakhaus Friedrich Kröll Gr. Oderstr. 26

Johannes Berger Kdt.-Ges. Schokoladen-Geschäft 47115

Gerhard Weber, Canaestraße 60 Fahrräder - Nähmaschinen - Radio-Apparate Eigene Reparatur-Werkstatt 47114

Büro-, Schul- und Zeichenbedarf Bernhard Döring Preußische Straße Nr. 55 47115

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Erich Lindner Langestraße 17 47104

G. Exner & Co. Preußische Straße 47102 Manufakturwaren Garderoben

Pietrkowski Markt Seit 35 Jahren Qualitätswaren immer am billigsten 47104

Geb. Kurze Inh. Willi Zeln, Lange Straße 39 Weinbrennerei u. Likörfabrik Destillationsausschank 47103

Schloß-Apotheke Langestraße Nr. 42 47533

Wilhelm Müller, Große Oderstraße 28 täglich gute und frische Backwaren 47534

Emil Winkler Langestraße 21 47305 Lebensmittel - Tabakwaren

Paul Kurze Mälzstraße 41 47308 Schuhwaren aller Art

Inferate haben in unfrer Zeitung besten Erfolg!

Schuhhaus Salzmann Preußischestraße 49 47304

Otto Heinz ff. Fleisch- und Wurstwaren Kupferschmiedestraße 7 47306

E. Weißstein Nachf. Inh. Emil Brose, Mälzstraße 39 Spielwaren 47307

Franz Ceglarski Markt - Ecke Kiebnstraße 47310 Kleiderstoffe - Baumwollwaren

Bäckerei und Konditorei Fritz Liebach, Langestr. 46 47311

Paul Pfandke Brennmaterialien Dom, Mehuertstraße - Telephon 991 47312

Drogerie Paul Joerster Langestraße, Preußische Str. Ecke 47314

Fleischermeister Berthold Freitag Gr. Oderstr. 16 47116

Neusalz a. O. Besucht die Florian Lichtspiele 47042

Stadtbad Neusalz, das Volkbad 47044 Alle Arten Bäder bei niedrigster Berechnung Städtische Werke, Abt. Stadtbad

Brot- und Feinbäckerei Frau Wende & Sohn, Mathildenstraße 14 47047

Trinkt Neusalzer Brauhaus-Biere 47048

Spare bei der Städtischen Sparkasse Neusalz a./Oder 47049

Schnellbesohlanstalt Gustav Jensch, Berliner Str. 8 Sie können auf jede Besohlung warten 47050

Färberei Schmidt vorm. R. Haensel, Lindenstr. 15 färbt und reinigt sämtl. Garderobe zu niedrigsten Preisen 47043

Erich Bloje, Schillerstraße 4 Motorräder, Fahrräder, Reparaturwerkstatt 47041

Kauf Blumen für Freud und Leid Pflanzen aller Art nur frisch in der Gärtnerei Bahnhofstr. 5, Alfred Exler 47046

Hüte - Mützen - Pelzwaren kauft man preiswert bei Johannes Steindach, Getze-Markt 5 47045

Obst, Süßfrüchte, Gemüse Wild, Geflügel Erich Thämke Berliner Straße 35 47039

Wäsche- und Pflegetechnik Mag. Jendrich Bismarckstraße Nr. 22 47040

Lauban Germania-Drogerie Carl Voigt, Markt 16 46689

Verkehrslokal aller Werktätigen ist die „Börsenhalle“, Markt 46833

Fahrrad- u. Musikhaus Arndt Weberstraße 26 - Tel. 525 46652

Helene Kelle Weberstraße 16 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Fabrik-Reste 46687

Arthur Eichner Nikolaistraße 23 Eisenhandlung, Haus- und Küchengeräte-Magazin 46686

Sächsisches Leinwandgeschäft C. A. Frenzel & Sohn, Markt 46684

Max Fischer, Markt 10 46682 Schreibwaren, sämtl. Schulartikel

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Karl Lange, Auß. Nikolaistr. 2 46681

Christian Kasper, Markt 46679 Farben- u. Lacke-Spezialgeschäft

Roßfleischererei * Frühstückstube Erich Peschel, Rosengasse 6 46681

Roßschlächtereier, Frühstückstube Max Dawidowski, Kreuzgasse 5 46682

Liegnitz Verlangt die guten Piastenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei A.-G. 47072

Kurt Teuchert 12 Kohlmarkt 12 empfiehlt seine ff. Fleisch- und Wurstwaren 47191

Bäckerei und Konditorei Borek 47022 Ermanweg 42

Karl Hayn, Breslauer Straße 39 Fleisch- u. Wurstwaren Telefon 4657 47021

P. Kwintkiewitz, Burgstraße 50 47287 Schuhreparatur. Größt. elekt. Betrieb

Schuhhaus Remane Carthausstr. 7, am Bahnhof 47290

Wong Süttner Ring Nr. 9/10 Ist billig! 47292

„Reger Obenan“ 47289 das selbstwaschende Seifenpulver ist besser und billiger!

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei G. Vogt Carthausstr. 52 47288

Georg Bick Nachf. 46639 Das größte Kaufhaus mit den niedrigsten Preisen

Paul Nawroth, Halbauer Str. 4 ff. Fleisch- und Wurstwaren 46628

Fleisch- und Wurstwaren Frühstückstube Karl Marciniak, Hohestr. 6 46625

Möbel billig und gut G. Conrad Brüderstraße 15 46626

Brot- und Feinbäckerei Oskar Cohen Keplerstraße 16 46630

Union-Einheitspreis G. m. b. H., Sagan 46632

Anschlußfirma der Wohlwert-Einkaufs-Gesellschaft, Leipzig Spitzenleistungen in best. Qualitätware 10/ 25/ 50/ 75/ 1.- Mk.

Jahresräder, Nähmaschinen, Motorräder 46629 Fritz Richter, Replerstr. 31/32

Möbel-Haus Peterknecht Keplerstraße 48 46586

Lebensmittelhaus Bernhard Baum 46638 Inh. Georg Böhm, Brüderstr. 5

Kurt Müller Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren Frühstückstube, Keplerstraße 8 46635

Paul Wenger Markt 20 46584 Komm.-Gesellschaft Schuhwaren jeder Art

Langenöls Reserviert H. 46844

ff. Fleisch- und Wurstwaren Max Altmann, Schosdorferstr. 42 46849

Grünberg Dresdener Spezial-Bäckerei empfiehlt sich G. Spieler 47110 Breitestr. 24

Lebensmittelhaus Robert Mattner, Berliner Straße 44 47109

Fritz Baumgärtel, Mollerei-Gezeugnisse Berliner Straße 1 - Tel. 787 47108

Schuh-Jükel Bismarckstr. 4b Billig Gut 47111

Möbel kauft ihr preiswert bei Otto Schulz, Burgstraße 17 46830

Reserviert 21. 1. 46831

Lange's Drogenhandlung 46828 Inhaber: Oskar Koser Postplatz 3, Filiale: Berliner Straße 61

W. ZILMEER Pose Nachfolger, Niederstraße 28 reinigt färbt, wäscht, plissiert alles 56829

Gustav Staub Beste Bezugsquelle für Woll-, Weiß- u. Manufakturwaren 46826 Berufskleidung, Ring Nr. 33

Milch die beste und billigste Nahrung für Kinder und Erwachsene Molkerie Lättnitz 47107 Schützenstraße 17 Filiale Neumarkt, Niederstraße 53

Schuhwaren aller Art „Salamander“ Rudolf Wagnow Ring 21-22 46827

Winnl Grünberger Broyffloß, Binn 47920

Butter-Handlung Kinella 47793

Bunzlau Bruno Ullrich, Zollstraße 14 Strumpf- und Wollhaus 47005

Sortimentshaus Theophil Rosenthal Markt 47514

Reserviert 47515

Reserviert 47518

Drogen - Farben - Foto Erich Standke, Zollstr. 9 47517

n. Tschorn Schloßstr. 17 47516 Lebensmittel alle

Hagnau Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Bruno Sellert, Stockstraße 8 47928

Kauft bei Theiner Ring 47 47931

Kurt Gäbler Inh. Lusia Gäbler Kolonial-, Feinkost-, Tabakwaren, 47932 Wilhelmstr. 12

Fortgeschrittliche Besohlanstalt Otto Jannek Stockstraße 8 47933

Lebensmittelhaus Robert Mattner, Berliner Straße 44 47109

Fritz Baumgärtel, Mollerei-Gezeugnisse Berliner Straße 1 - Tel. 787 47108

Schuh-Jükel Bismarckstr. 4b Billig Gut 47111

Möbel kauft ihr preiswert bei Otto Schulz, Burgstraße 17 46830

Reserviert 21. 1. 46831

Lange's Drogenhandlung 46828 Inhaber: Oskar Koser Postplatz 3, Filiale: Berliner Straße 61

W. ZILMEER Pose Nachfolger, Niederstraße 28 reinigt färbt, wäscht, plissiert alles 56829

Gustav Staub Beste Bezugsquelle für Woll-, Weiß- u. Manufakturwaren 46826 Berufskleidung, Ring Nr. 33

Milch die beste und billigste Nahrung für Kinder und Erwachsene Molkerie Lättnitz 47107 Schützenstraße 17 Filiale Neumarkt, Niederstraße 53

Schuhwaren aller Art „Salamander“ Rudolf Wagnow Ring 21-22 46827

Winnl Grünberger Broyffloß, Binn 47920

Butter-Handlung Kinella 47793

Bunzlau Bruno Ullrich, Zollstraße 14 Strumpf- und Wollhaus 47005

Sortimentshaus Theophil Rosenthal Markt 47514

Reserviert 47515

Reserviert 47518

Drogen - Farben - Foto Erich Standke, Zollstr. 9 47517

n. Tschorn Schloßstr. 17 47516 Lebensmittel alle

Hagnau Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Bruno Sellert, Stockstraße 8 47928

Kauft bei Theiner Ring 47 47931

Kurt Gäbler Inh. Lusia Gäbler Kolonial-, Feinkost-, Tabakwaren, 47932 Wilhelmstr. 12

Fortgeschrittliche Besohlanstalt Otto Jannek Stockstraße 8 47933

Zigarrenhaus Walter Senftleben Ring 35. 47930

Zeint Glogauer Berthold-Biere

Papens antibolschewistische Filiale

Immer breiter, immer stärker formiert sich die Einheitsfrontaktionen gegen den Faschismus, gegen den Lohnabbau, haben gute Ergebnisse zu verzeichnen. Das ist vor allem der Erfolg der antifaschistischen Aktion, wie das Wahlergebnis vom 31. Juli zum Ausdruck brachte und wie die Ereignisse seither es zeigten, der Erfolg der Massenmobilisierung und der unermüdlichen Einheitsfrontarbeit der kommunistischen Partei.

Die Kapitalisten und die Papen-Regierung sind sich über diese Tatsache durchaus im Klaren. Sie gehen darum auch gegen ihren Todfeind, gegen die KPD, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, mit allen Mitteln vor. Wo die Papen-Minister in ihren Reden auf die Kommunisten zu sprechen kommen, tritt ihr Haß gegen die proletarische Klassenkampfpartei hervor: in den Ausführungen des Reichsinnenministers von Ganyl auf der Verfassungsfeier am 11. August, wie in der Rundfunkrede des Kanzlers von Papen am 12. September, in der der Satz von der „aus Moskau“ zugereichten Reichstagsabgeordneten Klara Zetkin“ gesprochen wurde, und in dem letzten Interview des Reichsarbeitsministers Schäffer, der gegen die kommunistische Streikagitatorin witterte. Diese Reden sind die Begleitmusik für die schärfsten Aktionen gegen die Kommunisten, für die ungeheuerlichen Zuchthausurteile der Sondergerichte gegen Kommunisten, für die Verbote (bis ein halbes Jahr) der kommunistischen Blätter, für die Auflösung kommunistischer Versammlungen, für die Polizeiaktionen gegen die Sekretariate und Gebäude der KPD.

Die Kapitalistenklasse und die Papen-Regierung sind jedoch mit dem Erfolg der Gewaltmaßnahmen und schon gar der Propagandareisen der Minister nicht zufrieden. Auch die Demagogie und das Vorgehen der Hitler-Partei und der SA. erweist sich als nicht ausreichend. Die Bourgeoisie braucht bessere Sachwalter zum Kampfe gegen den Kommunismus und die proletarische Einheitsfront.

Sie braucht eine politische Agentur, die noch über größeren Einfluß, speziell unter dem Proletariat verfügt und deren Demagogie größere Wirkung verspricht.

Die Bourgeoisie und Papen finden diese politische Agentur in der Sozialdemokratie!

In den letzten Wochen entfaltet die antibolschewistische Filiale Papens eine immer eifrigere Tätigkeit.

Das Stichwort gab der Parteiausschuß der SPD. Am 20. September nahmen da die SPD-Führer Stellung zur politischen Lage und auch zur neuen Reichstagswahl. Nach der offiziellen Mitteilung des SPD-Parteivorstandes endete die Tagung „mit dem Gelöbniß...“ gegen Hitler, gegen seine kommunistischen Helfershelfer und die Papen-Reaktion“ den Kampf zu führen. Kampf gegen die Papen-Regierung? (die, nebenbei, als „Feind“ an dritter Stelle hinter den Kommunisten erwähnt wird!) Die SPD hat sich Papens Standpunkt, daß die Reichstagsbeschlüsse — Nichtauswählung gegen die Reichsregierung und Aufhebung der Notverordnung — ungültig und unwirksam sind, zu eigen gemacht! SPD-Sollmann hat sich unter der Parole der „Gleichberechtigung“ für Papen-Schleichers Rücktragsforderungen ausgesprochen!

Der „Vorwärts“ (vom 25. September) hat besonderen Wert auf die Behauptung gelegt, daß durch die Demagogie des ADGB bei den Streiks „alle wilden kommunistischen Bewegungen verhindert worden sind“. Das ist der SPD-Kampf gegen Papen! Kampf gegen Hitler? Arm in Arm mit der Hitler-Partei hat die SPD im Überwachungsausschuß des Reichstages gegen den KPD-Antrag gestimmt, wonach die Reichstagsbeschlüsse gültig sind! Arm in Arm mit der Hitler-Partei hat die SPD im preussischen Landtag der Forderung der Reichsregierung, den Landtagsbeschlüssen vom 20. August (keine Gehorsamspflicht der Beamten gegenüber der kommissarisch eingeleiteten Preussenregierung) reißlos Rechnung getragen! Arm in Arm mit Hitler hat die SPD die Auflösung des Preußenlandtages abgelehnt! Die SPD unterstützt die Koalitionsverhandlungen des Zentrums mit der NSDAP, durch die die Nazi-partei an die Macht herangeführt werden soll!

„Kampf gegen Hitler und Papen“ ist der Mantel — Kampf gegen die Kommunisten, gegen die proletarische Einheitsfront, ist der wahre Kern des Beschlusses des SPD-Parteiausschusses vom 20. September.

Eine Flut von antikommunistischen Artikeln und Notizen wälzt sich jetzt durch die Spalten der SPD-Presse. Die SPD-Referenten tun in den Parteidarstellungen alles, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu verwirren, gegen die Kommunisten zu hetzen und aus der einheitlichen Kampffront in den Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterdörfern herauszuholen oder von ihr abzulösen.

Alle Register der Demagogie werden von der SPD-Führung zu diesem Zwecke gezogen. Kein Kniff, keine Verdrehung ist dumme genug, um nicht angewendet zu werden. Wo die SPD-Referenten glauben, es wagen zu können, werden von ihnen in den SPD-Funktionärversammlungen „Kampfgelöbniße“ zur Abtötung gebracht, in denen, von Scheinoppositionellen Phrasen eingerahmt, gesagt wird (z. B. im Erzgebirge laut Chemnitzer SPD-„Volksstimme“ vom 23. September): „Da die letzten Tage erneut gezeigt haben, was die Kommunisten unter Einheitsfront verstehen, muß der Wahlkampf... auch in voller Schärfe gegen sie geführt werden. Die letzten Tage? Die haben gezeigt, daß dank der unablässigen Einheitsfrontarbeit der KPD die Streiks der Arbeiter

Arbeiterkinder im Kampf!

Zur Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober

„Jahrhundert des Kindes“, so nannte die bürgerliche Schriftstellerin Ellen Key das 20. Jahrhundert, weil die Bourgeoisie sich im Zeitalter des Imperialismus intensiver wie früher mit den Fragen der Kindererziehung beschäftigt. Die herrschende Klasse hat sehr gut erkannt, daß die politische Erziehung des Menschen bereits beim Kinde beginnt. Darüber mögen zwar einige Spießbürger jammern, aber an den harten Tatsachen kommen auch sie nicht vorbei. Selbstverständlich schreiben die Spejher nur, wenn es sich um die Politisierung von Arbeiterkindern handelt — gegen faschistische Kinderorganisationen haben sie nichts einzuwenden.

Denn die Politisierung der Arbeiterkinder ist eine wichtige Hilfe im proletarischen Klassenkampf. Immer größere Massen von Proletariern erkennen dies, vor allem im Zeichen der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise des untergehenden Kapitalismus. Besonders in Deutschland, wo die Wirtschaftskrise am meisten wütet, ist die Frage der Erziehung der Arbeiterkinder als klassenbewußte Kämpfer von der größten Bedeutung.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise ist in Deutschland die Ausbeutung von Arbeiterkindern unermesslich gestiegen. Nach der Schule sitzen die Kinder der Heimarbeiter oft 6, 8 und noch mehr Stunden, um in mühseliger Kleinarbeit zum Verdienst ihrer Eltern beizutragen. Viele Arbeiterkinder müssen zwei bis drei Stunden vor Schulbeginn treppauf, treppab rennen und Zeitungen austragen. Je mehr Proletarier durch die Wirtschaftskrise auf die Straße geworfen werden, desto weiter dehnt sich die Kinderarbeit aus, weil die Hungerunterstützung der Wohlfahrt nicht einmal mehr zu den notwendigsten Lebensausgaben reicht.

Nach der Weimarer Verfassung ist zwar die Kinderarbeit in Deutschland verboten. Aber die Gewerbeaufsichtsämter, die über dieses Verbot zu wachen haben, gehen in ihren Jahresberichten immer offener das Vergehen ihrer Arbeit ein. Man versteht dies, wenn man den folgenden Satz aus einem Erlaß des früheren christlichen Reichsarbeitsministers Dr. Brauns liest, der am 18. Dezember 1924 schrieb: „Es ist ein verständliches Bestreben der Eltern, Kinder zu Erwerbsarbeit heranzuziehen.“

So sind die Vertreter der christlichen Grundsätze für Familienleben! Den Zwang aus Not nennt der Zentrumsmann „verständliches Bestreben“. Hunger und Elend zwingen die Arbeiterkinder schon im zarten Alter zur Arbeit!

Hunger und Elend der Arbeiterkinder geben auch dem Volksschulwesen in Deutschland heute das Gepräge. Zusammengepfercht zu 50 und 70 Kindern, sitzen sie in dumpfen, schlecht geheizten und gelüfteten Klassenzimmern. Millionen Arbeiterkinder gehen ohne Frühstück in die Schule. Ihnen allen haben die bürgerlichen Parteien bis zu der SPD die letzten Groschen für die Kindererziehung geraubt. Panzerkreuzer sind ihnen wichtiger als Arbeiterkinder!

Und diese hungrigen, unterernährten Kinder werden von Lehrern unterrichtet, die immer offener und zahlreicher im Fahrwasser des Faschismus schwimmen. Kriegsbegeisterung, Nationalismus, oft direkte Propaganda für die Nazis — damit werden Arbeiterkinder in den Volksschulen vollgepfropft. Die deutsche Bourgeoisie, die vor dem Kriege so stolz auf ihr Volksschulwesen war, steht in dieser Beziehung heute tief unter den anderen kapitalistischen Staaten.

Millionen Arbeiterkinder fliehen in den Großstädten dahin. Millionen Arbeiterkinder haben noch niemals ein Bett für sich besessen, sondern müssen mit ihren Geschwistern in einem Bett

gegen Lohnabbau und Notverordnung zu zahlreichem vollen Erfolg führen!

Wir übergehen die plumperen, dummdreisten Heilmethoden der SPD, von der Art etwa, die KPD mit den Nazis als „die beiden bolschewistischen Parteien“ in einen Topf zu werfen, weil — die Nazis demagogisch einem der KPD-Anträge gegen die Papen-Regierung oder die kommissarische Preußen-Regierung zustimmten. Wir führen einige Beispiele „feinerer“, „theoretischer“ Demagogie an:

Kürzlich erklärte Hilferding in einer SPD-Konferenz in Düsseldorf, die sozialdemokratischen Arbeiter mühten in den Kommunisten ihre Feinde sehen, weil die KPD „gegen die Demokratie“ kämpfte und damit Papen den Weg geebnet habe und ihm helfe. Ueberlegt einmal, SPD-Kollegen: Was ist die bürgerliche „Demokratie“? Nichts anderes als der Mantel, in den sich die herrschende Kapitalistenklasse seit 1918 hüllte. Die SPD rettete und stärkte das Kapital, und jetzt, wo die Kapitalisten das Proletariat genügend geschwächt glauben, vertauschen sie die „demokratischen“ Methoden ihrer Herrschaft mit den offenen faschistischen. Die SPD hat durch ihr Eintreten für das Kapital, durch ihre Unterstützung der „demokratischen“, der Kapitalsherrschaft, nicht nur bislang die Ausbeutung der Arbeitsklaven ermöglicht, sondern damit zugleich auch den offeneren Formen derselben Kapitalsherrschaft, dem Faschismus, den Weg bereitet. Im Gegensatz dazu waren es allein die Kommunisten, die das kapitalistische System unablässig bekämpften, die bislang die demokratische Maske von der Ausbeuterfrage rissen und die jetzt als einzige Partei wirklich und wirklich dem faschistischen Kurs entgegentreten. SPD-Kollegen! Müht ihr nicht mit den Kommunisten gehen, die jetzt gegen den Faschismus kämpfen, aber nicht um die „demokratische“ Form der Kapitalsherrschaft wieder herbeizuführen, sondern um eine Arbeiter- und Bauernrepublik zu erringen?

Ein anderes Beispiel: Hellmann erklärt im „Freien Wort“: „Vergessen wir die Arbeiter und die Macht im Staate ist die KPD.“ Ist das wahr, sozialdemokratische Arbeiter? Die SPD-Führer verstehen unter „Macht im Staate“, daß sie Ministerposten bekommen und als Minister das kapitalistische System erhalten und stärken. Der Weg der Arbeiter zur Macht führt nur über die Niederwerfung der Bourgeoisie und gegen den kapitalistischen Staat zur Arbeiter- und Bauernrepublik. Die Kommunisten allein kämpfen für die Macht der Arbeiter, indem sie die Klassenkraft des Proletariats durch Streiks, Demonstrationen, Einheitsfrontaktionen verschiedener Art stärken. Die Macht der Arbeiter ist erst in der Arbeiter- und Bauernrepublik errungen und für diese treiben nur die Kommunisten ein.

Wie Hilferding und Hellmann, so versuchen auch die anderen Demagogen der SPD, die Arbeiter zu verwirren, indem sie ihnen

zusammenschlafen. Seuchen breiten sich in nie gekanntem Ausmaß unter Arbeiterkindern aus. So steigt z. B. die Erkrankung an spinaler Kinderlähmung von Jahr zu Jahr. Millionen blasser Kindergeichter sind eine erschütternde, furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Ausbeutersystem.

Ist es da nicht klar, daß die Bourgeoisie die Erziehung der Arbeiterkinder zum bewußten Klassenkämpfer fürchten muß? Ist es da nicht verständlich, daß die Bourgeoisie alles tut, um Arbeiterkinder unter die Fuchtel von christlichen und faschistischen Kinderorganisationen zu bringen? Ist es da nicht klar, daß die sozialdemokratischen „Mozte des Kapitalismus“ die „Roten Falken“ durch Spiel und Tanz von der klassenbewußten Erziehung ablenken wollen?

Aber die Arbeiterkinder haben sich eine Organisation geschaffen, die ihren Kampf gegen Kinderausbeutung und Kinderelend, gegen Bräuelpädagogik und Schulfaschismus organisiert und führt. Es sind unsere Pioniere, deren Organisationen bereits in zahlreichen Ländern verboten sind. Die jungen Pioniere organisieren Kampf in der Schule, sie führen den Schulstreik gegen faschistische und prügelnde Lehrer. Schon viele Kinderdemonstrationen organisierten unsere tapferen kleinen Pioniere.

Ist in der Internationalen Kinderwoche rufen die Pioniere besonders laut und eindringlich allen erwachsenen Arbeitern zu: Erkennt die Notwendigkeit des Klassenkampfes der drei Generationen! Wir Arbeiterkinder hungern und frieren — ihr erwachsenen Arbeiter müht gegen Lohn- und Unterstützungsabbau kämpfen. Wir Arbeiterkinder sind der faschistischen Schule ausgeliefert — ihr erwachsenen Arbeiter müht die rote Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitalismus schmieden!

Der deutsche Pionierverband hat sich in der Internationalen Kinderwoche das Ziel gestellt: In jedem proletarischen Häuserblock eine Pionierabteilung! Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr könnt und müht zur Verwirklichung dieses Zieles beitragen! Ihr kämpft heute für die Zukunft eurer Kinder, denkt daran, daß eure Kinder einmal euren Kampf fortsetzen und vollenden sollen! Darum schließt in der Internationalen Kinderwoche fester die Klassenkampffront der drei Generationen!

Heute:

„Tag der arbeitenden Kinder!“

Jede Pionier-Abteilung nimmt Verbindung mit arbeitenden Kindern: Zeitungsjungen, Kinder, die auf dem Lande arbeiten, in Warenhäusern, Heimarbeiterkindern usw. Diskutiert mit ihnen, führt Versammlungen durch.

In allen Betrieben, an allen Stempelstellen diskutiert darüber, daß Kampf für höheren Lohn und höhere Unterstützung auch Kampf ist gegen Kinderausbeutung.

Woher nehmen?

und nicht stehen, fragen sich alle Arbeiter, wenn sie am Lohnntag ihre paar Groschen erhalten.

Die Antwort

können ihr jedem durch den Verkauf unserer Broschüre geben: „Woher nehmen?“, in der das Arbeitsbeschaffungsprogramm der kommunistischen Partei enthalten ist.

Sofort von allen Mitoblenen der Partei und KPD zu beziehen.

die Arbeiter kreuzzuführen, sie die SPD-Kapitulation vom 20. Juli vergessen zu machen und vor allem von der Einheitsfront mit den Kommunisten abzubringen.

Diese antibolschewistische Tätigkeit der SPD, für Papen trifft in ihren Folgen nicht nur die Kommunisten, sondern mit ihnen auch die sozialdemokratischen und alle Arbeiter. Papen führt, gestützt auf die Hege der Sozialdemokratie, Schläge gegen die Kommunisten und zugleich fällen Papens Sondergerichte ebenso ungeheuerliche Urteile gegen sozialdemokratische Arbeiter und wo, wie in Ohlau, die Reichsbannerarbeiter gegen den Faschismus vorgehen, erfolgen schärfste Verbotsmaßnahmen.

Die SPD, deren Polizeipräsidenten sich seit jeher in der Verfolgung der klassenbewußten Arbeiterschaft und der KPD auszeichneten, steht als Filiale der Papen-Regierung ihre arbeitserregenden Aktionen gegen die KPD, gegen die proletarische Einheitsfront fort.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber erkennen an der Zurückdrängung der Hitler-Partei und an den Erfolgen der Streiks, was die proletarischen Einheitsfrontaktionen, die die KPD organisiert und betreibt, vermögen.

Mögen Wels, Hilferding, Hellmann, Löbe und Künstler weiter den Papen und Hitler antibolschewistische und antiproletarische Latenzdienste leisten — ihr sozialdemokratischen Arbeiter, folgt dem Appell der KPD zur verstärkten Einheitsfrontaktion, gegen Lohnabbau, gegen Hunger und Faschismus, für Brot, Arbeit, Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Die Sondernummer der „Trommel“ zur Internationalen Kinderwoche ist erschienen!

Die Sondernummer der „Trommel“ ist erschienen, lebendig mit vielen Bildern, zahlreichen spannenden Erzählungen ausgestattet. Sie wird nicht nur für die Arbeiterkinder, sondern auch für die Eltern, für die erwachsenen Genossen interessant und bezeichnend sein. Aus der Fülle der Artikel erwähnen wir hier nur:

„Pioniere marschieren im Kampf gegen Hunger und Not“, Die Delegation deutscher Arbeiterkinder berichtet aus Notwegen, dem „Land der Mitternachtskönige“, Pioniere im weißen Polen.

Nicht zu vergessen die für Groß und Klein spannende Geschichte „Der Hühnerkommandant“.

Jedes Arbeiterkind muß die „Trommel“ lesen. Arbeiter-

ROTE HILFE - 10 PFENNIG FÜR DIE OPFER IM ANTI-FASCHISTISCHEN FREIHEITSKAMPF. Karl Peters

Unterstützt die proletarisch politischen Genossen

RUND UM DEN ERDBALL

Auffschwung der Leichtindustrie der Sowjetunion

Die Bedürfnisse an Kleidern und Schuhen werden in gesteigertem Maße befriedigt

Die Lösung der Partei und Regierung: Mehr Waren für den täglichen Bedarf auf den Markt! wird in allen Zweigen der Industrie in die Tat umgesetzt. Die meisten Betriebe der Schwerindustrie haben spezielle Zechen eingerichtet, die aus den Produktionsabfällen der Großbetriebe Gebrauchsgegenstände für den täglichen Bedarf erzeugen. Die Zahl der schwerindustriellen Betriebe ist im Wachstum, die diese Lösung in die Tat umsetzen, wenn auch nicht überall die Durchführung glatt vor sich geht.

Aber die Hauptquelle für die Fabrikation von Gebrauchsgegenständen ist unsere Leichtindustrie mit allen ihren mannigfaltigen Abzweigungen. Deshalb hat auch die Partei und die Regierung dieser Industrie ihr besonderes Augenmerk gewidmet und alle Maßnahmen getroffen, um die Erfüllung dieser Pläne sicherzustellen. Die rechtzeitige Planerfüllung und die Erweiterung der Produktion der Leichtindustrie gewinnt im Zusammenhang mit dem Wachstum und Aufbau des kollektiven Handels eine ungeheure Bedeutung. Denn in erster Reihe ist es die Leichtindustrie, die den mit feinen Produkten auf dem Markt erscheinenden Kollektivisten und Einzelbauern mit Fabrikwaren versorgen soll.

In den letzten Wochen haben die Hauptzweige unserer Leichtindustrie merkwürdige Fortschritte aufzuweisen. Es kann gesagt werden, daß die Leichtindustrie ihre Planerfüllung systematisch steigert und von der hundertprozentigen Erfüllung ihres Programms nicht mehr weit entfernt ist. Allerdings muß unterstrichen werden, daß sie heute ihr Programm noch nicht erfüllt hat, was auch in dem noch immer herrschenden Warenmangel auf dem Markt zum Ausdruck kommt.

In der ersten Septemberdekade haben die wichtigsten Zweige der Leichtindustrie einen bedeutenden Produktionszuwachs im Vergleich zur entsprechenden Dekade des Vormonats aufzuweisen, obwohl das Produktionsprogramm noch immer nicht erfüllt ist:

Baumwollgewerbe: Die Baumwollgewerbeindustrie hat in der ersten Septemberdekade 8056 Tonnen Garn, 64 787 000 Meter Rohgewebe und 63 470 000 Meter fertiges Gewebe erzeugt. Im Vergleich zur ersten Augustdekade ist die Produktion von fertigen Geweben um 29 Millionen Meter gestiegen.

Wollstoffe: Die Wollstoffindustrie hat in der ersten Septemberdekade 1303 Tonnen Garn, 2 621 000 Meter Rohgewebe und 2 532 000 Meter fertige Gewebe produziert. Gegenüber der ersten Augustdekade ist ein Produktionszuwachs von 273 000 Meter zu verzeichnen.

Tritotagenerzeugnisse: Die Tritotagenindustrie arbeitet schlechter als alle anderen Zweige der Leichtindustrie. In der Septemberdekade wurden 3,5 Millionen Paar Strümpfe und Socken, 354 000 Stück Wäsche und 142 000 Stück Kleidertritotagen erzeugt. Im Vergleich zur ersten Augustdekade sind eine Million Paar Socken und Strümpfe mehr erzeugt worden. Das ist aber vollkommen unzulänglich. Die Fabrikation von Tritotwäsche ist gegenüber dem August um ein Vielfaches gestiegen. Der Dekadenplan ist aber nicht erfüllt.

Schuhe: Die Schuhfabriken haben 1 910 000 Paar Schuhe erzeugt, d. h. 210 000 Paar mehr als in der ersten Augustdekade. Der Produktionsplan ist aber nur zu 74,3 Prozent erfüllt.

Das **Kunsthohlenkombinat** arbeitet mit Erfolg, es hat in der ersten Dekade 278 Tonnen Gummihohlen produziert und den Plan um 20,8 Prozent übertroffen.

Landbriefträger in Schlessien ermordet

Breslau, 3. Oktober. Im Walde bei Grünthal im Kreise Neumarkt wurde am Sonnabend der 51jährige Landbriefträger Otto Barn ermordet. Die Ermittlungen der an den Tatort entsandten Mordkommission der Breslauer Landeskriminalpolizei haben ergeben, daß der Beamte durch drei Schüsse aus dem Hinterhalt getötet worden ist.

Barn fungierte als Zustellungsbeamter der Postagentur Stephansdorf und befand sich am Sonnabend auf einem Bestellschritt. Der Mord geschah um die Mittagszeit herum. Eigenartigerweise ist nichts geraubt worden. Der Beamte hatte 300 Mark zur Befestigung mitgenommen, die noch bei ihm vorgefunden wurden. Man vermutet, daß der Täter durch irgendeinen Umstand von der Verabreichung abgehalten wurde. Der Tat verdächtig ist ein Landstreicher, der um die fragliche Zeit in der Nähe der Tat gesehen worden ist und nun von der Polizei gesucht wird. Der Regierungspräsident in Breslau hat eine Belohnung von 500 Mark für die Aufklärung des Mordes ausgesetzt.

Zwei Tote bei einem Flugzeugunglück

Darmstadt, 2. Oktober. Auf dem Griesheimer Flugplatz ereignete sich am Sonnabendvormittag ein schweres Flugzeugunglück, das zwei Todesopfer forderte. Der Flugzeugführer Hettinger und sein Beiflieger aus Neustadt a. d. Hardt, die sich an dem Zuverlässigkeitsflug beteiligten, wollten mit ihrer Maschine, Typ Messerschmidt, auf dem hiesigen Flugplatz zur Pflichtzwischenlandung niedergehen. Infolge des starken Bodennebels streifte die Maschine einen Baum, wodurch eine Tragfläche abbrach. Das Flugzeug landete noch etwa 40 Meter weiter und stürzte dann zu Boden, wobei es einen Baum umriß. Hettinger wurde auf der Stelle getötet, während sein Begleiter so schwer verletzt wurde, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Der Untergang der „Nevada“

Vierzig Menschen ertrunken

San Francisco, 3. Oktober. (Tel.-Komp.) Wie nun feststeht, ist der amerikanische Dampfer „Nevada“ in der Nähe der Insel Antigua bei den Neuten auf Klippen geraten und gesunken. Ein japanisches, ein amerikanisches und ein Küstenwachtschiff retteten zwanzig Passagiere und Matrosen.

Der amerikanische Dampfer „President Madison“ gibt durch Funkpruch bekannt, daß er weitere drei Mann des verunglückten Dampfers gerettet habe. Die „Nevada“ war in einen furchtbaren Sturm geraten und gesunken. Dreißig Passagiere und sieben Mann der Besatzung sind dabei ertrunken.

Zwei Tote bei einem Hausbrand

Prag, 3. Oktober. In dem Dorfe Kolytnij ist heute nacht in einem einsam stehenden Haus ein Brand ausgebrochen, der in kurzer Zeit das Gebäude einäscherte. Unter den Trümmern des niedergebrannten Hauses wurden die verkohlten Leichen des Hausbesizers und seiner Frau aufgefunden.

Betrunken am Lenkrad

Wien, 3. Oktober. Gestern abend geriet der stark alkoholisierte Kaufmann Julius Pirker aus Graz mit seinem Auto bei Sattledt (Bezirk Steyr) an das Straßengeländer und stürzte in einen zwei Meter tiefen Graben ab. Der Kraftwagen wurde vollständig zerstört. Pirker und zwei mitfahrende Personen wurden sehr schwer verletzt.

Hotel eingäschert

Amsterdam, 3. Oktober. In Hoek van Holland wurde das Hotel „Harwid“ durch ein Großfeuer vollkommen eingäschert. Das Feuer entstand dadurch, daß ein Sohn der Eigentümerin den Rest einer Zigarette achtlos fortwarf.

Furchtbare Messerstecherei

Im Stadtteil Habinghorst bei Castrop kam es zwischen den Brüdern Alfred, Clemens und Ignaz Schimaniski und den Brüdern Albert, Josef und Paul Kollendowik wegen Mietstreitigkeiten zu einer Schlägerei, wobei sich die Gegner mit Messern und Faustkugeln bearbeiteten. Die Brüder Kollendowik wurden dabei durch Messerstiche schwer verletzt. Die Täter, Alfred und Ignaz Schimaniski, wurden vom Ueberfallkommando festgenommen.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger

Kapitalistische Krise und Not fördern die Verbrechen unter den Jugendlichen

Berlin, 3. Oktober. An der Ecke Berliner und Friedrich-Wilhelm-Straße in Tempelhof wurde heute, kurz vor 9 Uhr, der Geldbriefträger Albert Schroeder vom Postamt Tempelhof, der sich auf einem Bestellschritt befand, von drei jungen Burschen überfallen. Sie lauerten ihm in einem Hauseingang auf. Während einer von ihnen auf den Geldbriefträger mit einem in Papier eingewickelten Hammer einschlug, schlug ein zweiter mit einem Messer auf ihn ein und der dritte versuchte ihm die Geldtasche zu entreißen, was ihm jedoch nicht gelang.

Der Ueberfall wurde von Passanten beobachtet, die sofort dem Geldbriefträger zu Hilfe eilten und einen der Täter, den 26jährigen Arbeiter Georg Schade aus der Ringbahnstraße in Rentkolln, solange festhielten, bis das Ueberfallkommando ihn in Empfang nahm.

Die Verletzungen des Geldbriefträgers waren so schwer, daß er in das St.-Josephs-Krankenhaus in Tempelhof eingeliefert werden mußte. Die beiden anderen Täter konnten in dem allgemeinen Tumult entkommen.

Die Verbrechen, die sich in letzter Zeit immer mehr häufen, sind eine notwendige Folge der herrschenden Krise und der zunehmenden Verelendung.

Zu dem Ueberfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Geldbriefträger Schroeder hatte im Hause Friedrich-Wilhelm-Str. 52 im ersten Stock eine Bestellung ausgeführt. Während er noch mit der Adressatin sprach, betrat ein junger

Bursche den Hausflur und kam bis zum Treppfenster hinauf. Die Frau sowie der Briefträger sahen den jungen Mann.

Ein Lampenputzer auf der Straße hatte den jungen Mann hin- und hergehen sehen und beobachtet, wie er bald nach dem Geldbriefträger ebenfalls das Haus betrat. Als Schroeder jetzt die Treppe herunterkam und die Frau oben im ersten Stock die Tür zumachte, stürzte sich der Bursche auf ihn.

Es kam zu einem heftigen Kampf.

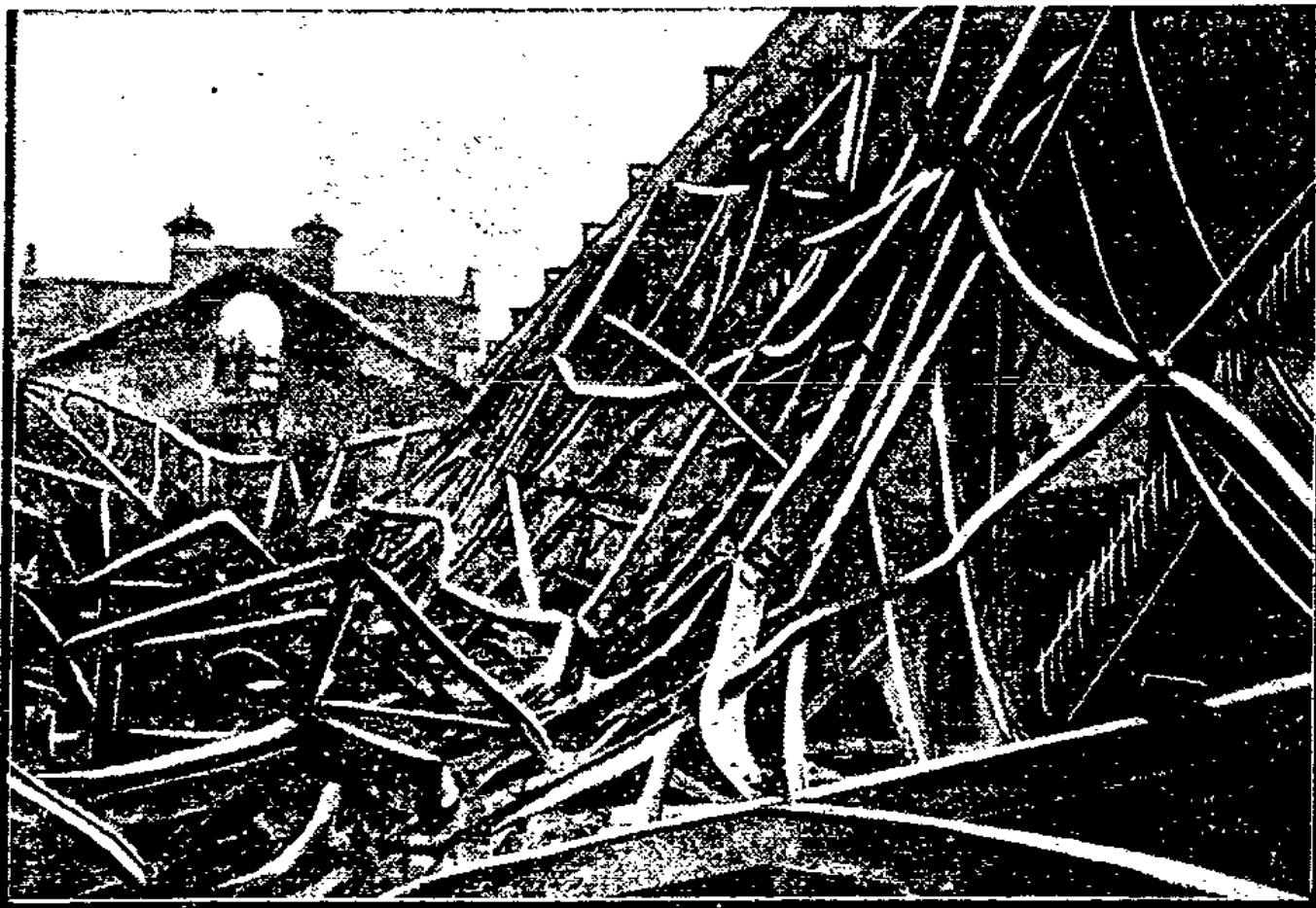
Der Täter hatte einen in Papier eingewickelten Hammer und schlug damit dem Briefträger über den Kopf. Der Mann taumelte und griff nach seiner Tasche. Bei dem jetzt sich entzündenden Kampf mit dem Räuber fielen einige Geldrollen auf den Treppfenster und das Geld rollte die Treppe hinunter. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen kamen Leute aus den Wohnungen herbeigestrürzt.

Inzwischen hatte der Täter ein offenes Messer gezogen und sich auf den Beamten ein. Dann ergriff er die Flucht, verfolgt von dem Beamten und mehreren Passanten. An der Ecke der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde er eingeholt. Er hat nichts erbeutet.

Beim Kampf und bei der Verfolgung hatte der Geldbriefträger einen erheblichen Blutverlust erlitten. Die Schläge hatten eine Ader getroffen, so daß auf dem Podest das Blut an die Wand spritzte. Schroeder wurde von einem Arzt sofort verbunden.

Das Elektrizitätswerk von Brüssel niedergebrannt

Das Elektrizitätswerk der Stadt Brüssel wurde von einem verheerenden Schadenfeuer heimgesucht, das fast sämtliche Maschinenanlagen zerstörte. Durch den Brand war die Stadt mehrere Stunden ohne Licht, und auch jetzt noch leidet das gesamte Wirtschaftsleben Brüssels durch die fehlende Stromversorgung. Wie unser Bild zeigt, bietet der Maschinensaal des Werkes ein Bild der Verwüstung.



Ein Ehepaar geht in den Tod

Die Ursache: Not

Wien, 3. Oktober. Der 59jährige Schneidergehilfe Leopold Fleischmann und seine 62jährige Frau Regine wurden Samstag früh in ihrer mit Leuchtgas erfüllten Wohnung, Rudolfsheim, Döbelinegasse 30, aufgefunden. Der Arzt der Rettungsgesellschaft fand die beiden tot. Es dürfte sich um einen Doppelselbstmord wegen Not handeln. Entdeckt wurde die Tat von dem Brandwachenmeister Stal, dessen Geschäft an die ebenerdig gelegene Wohnung angrenzt. Als Stal am Morgen in sein Geschäft kam, verspürte er einen starken Leuchtgasgeruch, dessen Ursache er zunächst nicht ergründen konnte. Er alarmierte das Sicherheitswachzimmer Döbelinegasse, und Wachbeamte stellten dann fest, daß der Gasgeruch aus der aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnung des Ehepaars Fleischmann kam. Als man eindrang, fand man in der Küche beim Gasherd, dessen Hähne geöffnet waren, das leblose Ehepaar. Der Tod war schon einige Stunden vorher eingetreten.

Das Abschiedsbriefchen geht hervor, daß das Ehepaar wegen materieller Sorgen gemeinsam freiwillig in den Tod gegangen ist.

Sturmflut an der Riviera

Furchtbare Zerstörungen

Paris, 2. Oktober. Die Ueberflutungen an der französischen Riviera haben furchtbare Zerstörungen angerichtet. Namentlich die Gegend von Frejus und Ste Maxime hat schwer gelitten. In den frühen Morgenstunden ging eine Wasserhose, begleitet von einer Art Sturmflut über die Küste nieder. In kaum 10 Minuten waren die tiefer gelegenen Orte am Meeresstrand bis zu 3 Meter unter Wasser gesetzt. Die neuen Siedlungen von Frejus, die auf niederem Schwemmgelände erbaut sind, sind fast völlig zerstört worden. Nur einige Dächer ragen noch aus der Flut hervor.

In Ste Maxime haben die Fluten die Eisenbahnüberführung über die große Autostraße nach Nizza eingerissen. In St. Aube ist die Brücke über die Garonne, die die Stadt in zwei Teile teilt, ebenfalls weggespült worden.

Straßenbahner, eure Forderung:

40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Stürmische Straßenbahnerversammlungen — Sprengungsversuche der Nazis — Bürokraten verhindern Abstimmung der EntschlieÙung — Kollegen! Organisiert den Kampf!

Breslau. Gestern fanden im Schiekworber Saal zwei Betriebsversammlungen der Straßenbahner, Abteilung Fahrpersonal statt. In beiden Versammlungen sprachen der Betriebsratsvorsitzende Müller und der Gewerkschaftssekretär Groß. Obwohl neben dem ungeheuren Not der Ausschüßschaffner, die, wie in den Versammlungen festgestellt wurde, mit 9,50 Mark Wochenlohn nach Hause gehen, der allgemein notwendige Lohnabbau den Straßenbahnern unter den Nägeln brennt, durfte auch nicht ein einziges Wort zum Lohnabbau gesprochen werden. Ausdrücklich wurde in der Vormittags- sowie in der am Abend stattgefundenen Versammlung betont, daß jedem Diskussionsredner, der von dem Thema „Arbeitszeitverkürzung“ abweicht, sofort das Wort entzogen wird. Die Gewerkschaftsbürokratie hat damit bestätigt, daß sie bei der Durchführung des etappenweisen Lohnabbaues nicht gestört werden will.

Während die Vormittagsversammlung mit ziemlicher Ruhe verließ, gestaltete sich die Abendversammlung recht stürmisch. Am Vormittag sowie am Abend machten die Vertreter des Gesamtverbandes sowie die reformistischen Betriebsräte die Kollegen für die Not, in der sie stecken, selbst verantwortlich, welches ihnen die Zwischenrufe: „Nicht die Proleten, sondern die Führer sind schuld“ einbrachte.

Zu Beginn der Abendversammlung, die von dem Betriebsrat Müller vom Bahnhof V geleitet wurde, brachte ein oppositioneller Kollege nachstehenden Antrag ein:

„Die hier Versammelten haben Kenntnis von dem bevorstehenden Lohnabbau von 3 bis 6 Pfg. die Stunde. Sie sind der Auffassung, daß bei der ungeheuren Notlage, in welcher sich die Gemeindearbeiter und Straßenbahner befinden, es unmöglich ist, noch einen Lohnabbau zu ertragen. Sie fordern deshalb, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um diesen Lohnabbau abzuwehren. Sie sind sich darüber klar, da der Verhandlungsweg bisher kein Ergebnis gebracht hat, diesen Lohnabbau auch mit dem Mittel des Streiks abzuwehren.“

Die Versammelten schlugen als organisatorische Maßnahme die Wahl einer Kommission vor, welche sofort alle Schritte einleitet, den Streik zu organisieren.“

Der Versammlungsleiter sowie der Betriebsratsvorsitzende Müller stellten sich sofort diesem Antrag entgegen mit der Begründung, daß in der Betriebsversammlung dieser Antrag nicht behandelt werden könnte. Die Reformisten ließen dabei erkennen, daß die Stellung dieses Antrages ihnen sehr unangenehm war, und deshalb mußten sie bremsen und schieben. Obwohl die Versammlung scharf gegen die Abwägung protestierte, ging man zur Tagesordnung über.

Der Betriebsratsvorsitzende Müller berichtete von der Verhandlung mit der Verwaltung. In diesem Bericht kam die ungeheure Not der fast 200 Ausschüßschaffner zutage, die mit dem Hungerlohn von 9,50 Mark wöchentlich nach Hause gehen. Die Verwaltung hat bei der Wohlfahrtsbehörde um einen Zuschuß für die Ausschüßschaffner nachgehakt, welcher jedoch abgelehnt wurde. Nach der Meinung der Verwaltung seien Arbeiten für die Ausschüßschaffner nicht vorhanden. Die Vorschläge, die der Direktor Butt zur „Lösung“ des Problems dienen sollten, sind so, daß die Ausschüßschaffner davon nicht leben und nicht sterben können. Als Gegenmaßnahmen empfahlen die Arbeitnehmervertreter einen Streiktag oder Urlaub auf Voranschub.

Oppositionelle Kollegen zeigen den Ausweg

In der Diskussion sprachen etwa 15 Kollegen, die sich stürmisch gegen die Betriebsvertretung und die Verwaltung aussprachen. Einige oppositionelle Kollegen prangerten mit aller Schärfe das Verhalten der reformistischen Betriebsräte und der Gewerkschaftsbürokratie an. Sie zeigten die erbärmliche Rolle der Reformisten, die jetzt den Lohnabbaumaßnahmen Vorschub leisten, indem sie etappenweise die Kürzung des Lohnes durchführen. Sie zeigten weiter das neue Manöver, welches man jetzt macht in der Einführung eines weiteren Streiktages, um auf diese Weise angeblich den Ausschüßschaffnern Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Mit Recht wiesen sie darauf hin, daß bei der Einführung der 41-Stunden-Woche dasselbe Manöver gemacht wurde. Auch dort sollte dadurch den Ausschüßschaffnern neue Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben werden. Aber nichts davon ist eingetreten. Im Gegenteil, durch die Einführung des Streiktages ist den diensthabenden Kollegen die Arbeit verschlechtert worden, und zwar insofern, daß ein Kollege die Arbeit des anderen mitmachen muß. Das gilt besonders für die Weichensteller, Bahnwärter und für die Kuppler. Es hat sich also gezeigt, daß dort, wo gestreikt wird, kein Ausschüßschaffner dadurch mehr Arbeit bekommt. Jetzt soll dieser Betrag erneut durchgeföhrt werden. Die Kollegen der Straßenbahn stehen alle auf dem Standpunkt, daß Solidarität geübt werden muß, aber nicht Solidarität, um die Ausbeutungsmethoden zu erhöhen, sondern Solidarität im Kampf, und dieser Kampf der wird von den Bürokraten aller Schattierungen und den reformistischen Betriebsräten auf das schärfste unterdrückt. Man will, das zeigt die Versammlung sehr deutlich, einen einheitlichen Kampf verhindern, deshalb darf nicht ein Wort zum Lohnabbau gesprochen werden. Die Forderung der Kollegen geht dahin: 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

In derselben Linie sprachen die anderen oppositionellen Diskussionsredner und wiesen darauf hin, daß während die Verwaltung Sparmaßnahmen bei der unteren Beamten und bei der Arbeiterschaft durchführt, man nach oben keineswegs so sparsam ist. Der obere Beamtenkörper wird immer größer; dort muß man sich, wie die Verwaltung sagt, Respektspersonen schaffen, und der Stab der Kontrollmeister hat in der letzten Zeit um 50 Prozent zugenommen. Die Sanitärarbeiter werden durch keinerlei Sparmaßnahmen der Verwaltung betroffen; betroffen werden nur die unteren Beamten, die Arbeiterschaft und das fahrende Publikum. Wenn die Verwaltung durch prominente Vertreter beteuert, daß die beste Sparmethode darin liegt, daß die Straßenbahnmotoren in der Halle stehen bleiben, und daß man, wie die Tatsachen beweisen, an Stelle von vierachsigem Wagen nur zweiachsigem schickt, dann ist hier der Beweis erbracht, was das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm, welches die Reformisten empfehlen, auf sich hat. Ein prominenter Vertreter der Verwaltung ist in einer Sitzung erklärt haben: „Je mehr Wagen in der Halle stehen bleiben, desto mehr wird gespart, denn jeder Wagen in der

Halle bringt 40 000 Mark ein.“ Mit Recht sagt dazu ein oppositioneller Diskussionsredner — und wies damit gleichzeitig den Weg, den die Arbeiterschaft beschreiten muß —:

„Wenn die Verwaltung unfähig ist, für Arbeit zu sorgen, und das ist sie, dann soll sie abtreten. Die Arbeiterschaft muß ihre Geschäfte in die eigenen Hände nehmen, dann wird Arbeit und Brot für alle Werttätigen vorhanden sein. Die Hamburger Kollegen weisen uns den Weg, den die Arbeiterschaft beschreiten muß. Der Streik ist die schärfste Waffe der Arbeiterschaft, wenden wir sie an, lernen wir aus den Erfahrungen unserer Kollegen, und wir werden Erfolge erzielen.“

Die Ausführungen der oppositionellen Diskussionsredner wurden mit Beifall aufgenommen. Nachstehende EntschlieÙung wurde eingebracht:

„Die am 3. Oktober 1932 im Schiekworber versammelten Straßenbahner, Fahrabteilung, nehmen Kenntnis von der bevorstehenden Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Betriebsversammlung ist der Auffassung, daß die hier vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit nur ein Manöver ist, genau so wird sich hier zeigen, wie bei der Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden, daß dies Lohnabbau ohne Einstellung von Arbeitskräften bedeutet.“

Die heutige Betriebsversammlung beschließt deshalb Einführung der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Die heute Versammelten geloben, diese Forderung auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, durchzusetzen.

Sie beschließen weiter, aus der heutigen Versammlung eine Kommission, in der alle Bahnhöfe vertreten sein müssen, zu wählen, die sofort die notwendigen Schritte zur Organisierung der Gegenmaßnahmen trifft.“

Als letzter Redner kam der Gewerkschaftssekretär Groß. Als er zu Wort kommen sollte, verlangten die Nazi-Straßenbahner, die im Auftrage ihrer Parteiführer handelten, dem Groß nicht das Wort zu erteilen. Da diesem Antrag jedoch nicht stattgegeben wurde, gingen sie getreu dem Vorbild der Nazi-Parlamentarier im Reichs- und Landtag zu randalieren an. Es entstand im Saal ein großer Tumult und Lärm, unter welchem die Nazis den Saal mit Gestül verließen. Die Nazis hatten erkannt, daß es für sie nur eine Möglichkeit gab, sich vor der Verantwortung zu drücken, weil jetzt die Frage des Kampfes durch die oppositionellen Kollegen auf die Tagesordnung gestellt war, deshalb verließen sie mit Radau fluchtartig

Stadtteil Zentrum hat mobil gemacht

Breslau. Reges Leben ist bereits in allen Stadtteilen zu verzeichnen. In den Arbeiterheimen werden bereits große Transparente und Plakate hergestellt, die auf die Reichstagswahl am 6. November hinweisen, besonders erfreulich ist die Arbeit im Stadtteil Zentrum. Hier reden die Genossen nicht viel, aber umso mehr arbeiten sie. Die Vorkämpfer am Neumarkt, die die letzten aktuellen Ereignisse und Berichte bringt, wird täglich von Hunderten gelesen. Hier hapert nur noch der Literaturverkauf, der leider bisher noch nicht regelmäßig stattfindet.

Auf dem Königsplatz stehen ebenfalls zwei Transparente. Immer wieder bilden sich große Diskussionsgruppen, in denen besonders die Auswirkungen der Notverordnungen, der Verrat der SPD- und KPD-Führer, die Demagogie der Nazis und besonders die Kürzung der Löhne der Gemeindearbeiter und die Organisierung des Kampfes dagegen besprochen wird. Eine Arbeiterfrau, die mit unter den Diskutierenden stand, erklärte: „Wenn man von dem Bissel, was mein Mann jetzt noch zuhause bringt, noch ein, zwei oder drei Mark die Woche abziehen will, dann weiß ich überhaupt nicht mehr, wie man noch leben soll. Ich bin der Meinung, das darf die Arbeiterschaft nicht ruhig hinnehmen.“ Die umstehenden Arbeiterfrauen und Männer pflichteten ihr dazu bei und bringen zum Ausdruck, daß sie alles daransetzen werden, um jede weitere Verschlechterung der Lebenslage der Werttätigen zu verhindern.

Hier am Königsplatz ist der Literaturvertrieb sehr gut. An einem Tage werden durchschnittlich für 5 bis 10 Mark Brochüren und „Arbeiter-Zeitungen“ verkauft. Ein Genosse verkaufte allein am Freitag 25 SA-Broschüren, worin deutlich die Zerlegung in der Hitlerischen Kapitalsarmee geschildert wird. Diese Tatsache zeigt aber auch, daß die proletarischen Mitglieder bei den Nazis sich heute mehr denn je für diese Fragen interessieren, denn sie sind es ja gerade, die sich täglich die Broschüren bei unseren Genossen holen.

Während draußen die Genossen unter den Massen ihre Agitation und Propaganda für die rote Einheitsfrontaktion im Betrieb und an der Stempelhehle betreiben, sind an den verschiedensten Stellen „Maler“ und Agitprop-Lente am Ausbau, Erweiterung und Verbesserung der Agitations- und Propagandamethoden beschäftigt. Auch die roten Pioniere haben mit aller Kraft ihre Propagandawagen für die Internationale Kinderwoche, die bis zum 9. Oktober geht, instandgesetzt, um die proletarischen Kinder für die Einreichung der dritten Generation in die rote Einheitsfrontaktion zu mobilisieren.

Die Kinder der Ohlauer Verurteilten sind da!

Die neue „AZ“ zeigt die Ankunft der Ohlauer Kinder, die bei „AZ“-Lesern in Berlin und im Reich während der Dauer der Gefangenschaft ihrer Eltern ein Heim gefunden haben, in Berlin und ihren Besuch bei der „AZ“.

Desgleichen Bilder vom Streik der Landarbeiter in Stephanshain im Kreise Schweidnitz. Genossen, bringt diese Bildberichte den Landarbeitern und den Kleinbauern und zeigt ihnen, daß auch der Landarbeiter in Schlessen zum äußersten Kampf in der Verteidigung seiner Rechte bereit ist.

Wer macht in Agitproptruppe mit?

Zum Ausbau einer Agitproptruppe werden noch einige ernsthaft interessierte Genossen und Genossinnen gebraucht. Meetings morgen, Mittwoch, 20 Uhr in den Räumen der Marxistischen Arbeiterschule, Wallstraße 21, 3. Stock.

Wer hilft beim Sportplatzbau?

Der NSB. Janal-Dt ist gegenwärtig dabei, an der Karl-Marx-Strasse (hinter der Endstation der Linie 5, Djener Straße) einen

Arbeiter-Eltern!

Sind eure Kinder alt genug, um zu hungern, dann sind sie alt genug auch, um zu kämpfen!

Eure Hungerlöhne

bedeuten: Kein Frühstück, kein Schuhwerk, keine warme Kleidung für eure Kinder!

Kämpft mit euren Kindern

Heraus zum Kampftag der drei Generationen am Freitag, dem 7. Oktober, um 20 Uhr, im Bergkeller.

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen.

den Saal. Aber auch die Gewerkschaftsbürokratie verstand es sehr wohl, sich um die Abstimmung über die EntschlieÙung zu drücken, indem sie nach der Nazi-Madonizene unter Punkt „Verschiedenes“ betriebliche Angelegenheiten in einer betartigen langweiligen Form erledigte, bis um 12 Uhr nur noch etwa 40 Mann im Saale saßen. Dann erklärte Müller, daß man über diese EntschlieÙung in der vorgelegten Form niemals hier abstimmen könnte.

So haben gestern die Straßenbahner Breslaus mit ihren eigenen Augen zusehen müssen, wie die Reformisten jeden Kampf der Straßenbahner zu verhindern versuchen und wie die Nationalsozialisten sich demagogischerweise im entscheidenden Moment um die Verantwortung herumdrücken. Angesichts der bevorstehenden Wahlen machen sie den Radikalen, um damit den weiteren Rückgang ihrer Kapitalpartei zu verhindern, aber dort, wo die Frage des Kampfes ernsthaft steht, da freieren sie. Für die Straßenbahner Breslaus steht nach wie vor die Frage der Verhinderung des etappenweisen Lohnabbaues. Arbeitsmöglichkeiten werden nicht geschaffen durch Abbaumaßnahmen. Die Forderung der Straßenbahner lautet: allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Das sind die Forderungen, um welche der Kampf organisiert und geföhrt werden muß. Fort mit allen Saboteuren des Kampfes! Kollegen, ergreift selbst die Initiative, folgt dem Beispiel der Hamburger Verkehrsarbeiter!

eigenen Sportplatz anzulegen. Damit die notwendigen Erdarbeiten noch vor dem Eintritt der kalten Witterung fertig werden, wäre die Mitarbeit einer Anzahl arbeitssuchender Genossen erforderlich. Wer den vollen Sportlern ihren ersten Eigenplatz schenken helfen will, finde sich deshalb jeden Tag ab 8 Uhr vormittags (auch Sonntags) auf dem Gelände (direkt neben Rajungs Gasthaus) ein. Wenn möglich Schaufel und Spaten mitbringen!

Achtung! Anfänger-Kursus für Englisch!

Heute abend 20 Uhr beginnt Wallstraße 21, 3. Stock, ein neuer Anfänger-Kursus für Englisch. Die Teilnehmergebühr beträgt 30 Pfennig, für Erwerbslose (Ausweis!) 20 Pfennig pro Abend; Anmeldegebühr 20 bzw. 10 Pfennig.

Bücherausstellung im Arbeiterheim Nord

Ab heute, den 4. Oktober bis 11. Oktober, läuft im Arbeiterheim Nord, Rosenstraße 19/21, eine Bücherausstellung. Zur Ausstellung gelangen die besten Bücher revolutionärer Schriftsteller. Außerdem Silber der Arbeiterphotographen.

Hallo! was machst du Mittwoch nachmittag?

Wir machen dir einen tollen Vorschlag, komme zum Kinder nachmittag der roten Jungpioniere! Im Norden im Arbeiterheim Rosenstraße, im Osten bei Joudlid, Königgräber Straße, in Scheitling im „Dorfstrom“, Uferstraße, und im Zentrum im Arbeiterheim in der Neuen Gasse. An allen Stellen fängt es um 16 Uhr an.

Überall Kaisertheater, Lieder, Spiele, Lichtbilder, Schallplatten, Die russischen Arbeiterlieder (Vortrag). Komme bestimmt dahin! Dort ist Leben! Liebt du auch schon die „Trommel“?

Rote Rundfunk-Rundnotizen

11.30 Berufsmöglichkeiten der Frau in der Siedlung (Das Dritte Reich braucht Arbeitspferde). 17.30 Buch des Tages Novellen und Kurzgeschichten. 11.50 und 16.00 Konzert. — 19.00 Prof. Dr. Stellen Schlessische Sagen (also auch im Rundfunk Märchen und Sagenwelt statt Brot). 20.00 Großschifferrummel, Deimantien. Abschalten! 20.40 Wen's interessiert Tanzmusik. Die Programme des Schlessischen Rundfunks werden farblos und belanglos, je mehr sie der Braut-Hitlerischen nationaldeutschen Linie entsprechen. Hier heißt es nicht nur „Abschalten“, sondern kämpfen. Werdet Mitglieder des „Freien Radio-Bundes“! — Lebt den „Arbeiterlieder“!

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöblich i Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert C. 11 a. m. Breslau. — Verlag u. Druck: Schlessische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 50.

Dr. Mottek verzogen nach Ohlauer Stadtgraben 31. Ecke Vorwerkstr. nahe Bahnhofstr. Telefon wie bisher 59607. Inserate haben in unserer Zeitung besten Erfolg!

Karolinenhof Neubiela Freitag und Sonnabend Schweinschlachten ab 11 Uhr Wellfleisch Es ladet freundlichst ein Familie Gründel

Bersärfster Handelstrie

Die Folgen der deutschen Kontingentierungen

Wie aus Bremen berichtet wird, will die Bananen-Import-Gesellschaft sobald die Einfuhrbeschränkungs-Verordnung Papens in Kraft tritt, ihren Betrieb in Bremerhaven gänzlich stilllegen und die Bananeneinfuhr über Holland (Rotterdam) gehen lassen. Das würde eine Stilllegung der Umschlagseinrichtungen in Bremerhaven, Arbeiterentlassungen im Hafen und in anderen zusammenhängenden Betrieben herbeiführen.

Die von der Papen-Regierung beschlossene Beschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Waren aus dem Auslande, wird von diesem mit der Ankündigung von Gegenmaßnahmen beantwortet. Die betroffenen Staaten erklären, daß sie ihrerseits die Bestellung und die Einfuhr von deutschen Waren einschränken wollen. Das holländische „Algemeen Handelsblad“ erklärt drohend: „Deutschland wird bald einsehen, daß es nicht exportieren kann, ohne einzuführen“. Der italienische „Corriere della Sera“ wendet sich scharf gegen die Verhinderung der Einfuhr italienischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland und nennt die Kontingentierungsliste Papens „eine gefährliche Politik mit einer zweischneidigen Waffe“. Der ungarische „Magyar Nemzet“ tritt für die Beantwortung „mit entsprechenden Gegenmaßnahmen“ ein. Norwegische Firmen haben, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, auf Grund der Erhöhung des Heringszolls in Deutschland, der die Ausfuhr von Heringsöl aus Norwegen trifft, als Gegenmaßnahme Bestellungen in der deutschen Textilindustrie eingeleitet.

Die von Papen beabsichtigte Kontingentierung (Einfuhrbeschränkung) führt somit zu einer Verschärfung des Handelskrieges und der Gegensätze zwischen Deutschland und den anderen imperialistischen Staaten. Dieser Krieg wird auf dem Rücken der arbeitenden Massen geführt; die deutschen Kapitalisten werden ihre Verluste noch mehr auf die Arbeiter abwälzen versuchen.

Die „Belebung der Wirtschaft“, das Programm der Papen-Regierung, erweist sich auch hier deutlich als das gerade Gegenteil. Abgesehen von andern führt schon die Kontingentierung allein zu einer verminderten Beschäftigung in der Exportindustrie und im Handel zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Die Streitwelle in Deutschland im Spiegel der Auslandspress

Prag, 3. Oktober. Im gesamten kapitalistischen Auslande verfolgt man die grandiose Streitwelle, die über Deutschland dahinbraust, mit wachsender Bejornnis. So schreibt zum Beispiel die „Prager Presse“:

„Nun geht eine Streitwelle über Deutschland, die durch die Notverordnung heraufbeschworen wurde. Sie scheint sich noch in den Anfängen zu befinden und sich erst auszubehnen, das macht sie bedenklich. . . . Bisher handelt es sich um eine große Reihe von kleinen Streiks, die nur ursächlich zusammenhängen, sonst aber nichts miteinander zu tun haben. Wo Unternehmer nennenswerte Aufträge erhalten haben, ihre Produktion, wenn auch nur vorübergehend, steigern, wollten sie sich begreiflicherweise die Notverordnung zunutze machen und die Löhne entsprechend abbauen. In den meisten Fällen traten sie auf den Widerstand der Arbeiter, die in den Ausstand traten. Fast alle diese Streiks endeten für die Arbeiter glücklos. Es hat sich in den Streikfällen eine Arbeiterfront von solcher Geschlossenheit gebildet, wie sie seit Jahren nicht da war. . . . Die Erfolge der Streikenden wirken auf die Arbeiter sehr ermunternd. . . . Das Beispiel lockt zur Nachahmung, die Unruhe der Arbeiterschaft breitet sich aus, der Widerstand gegen die Durchführung der Notverordnung verleiht sich unter den Arbeitern, und es ist zu befürchten, daß, wenn es nach den zahlreichen kleinen lokalen Kraftproben zu einer ausgedehnten, großen kommen sollte, die Folgen schlimm (für Papen und die Kapitalisten. 2. Red.) werden könnten.“

Papens erneutes Angebot:

„Deutsch-französisches Abkommen“

Offene Schwelkung zur Kapitulation des deutschen Imperialismus

Nachdem bereits der Reichsaussenminister v. Neurath eine Rede vor den deutschen Pressevertretern gehalten hatte, in der er noch sehr scharf die Unversöhnlichkeit des deutschen Imperialismus betonte und das Fernbleiben Deutschlands von der Abklärungskonferenz ankündigte, wenn die anderen Mächte die millärrliche Gleichberechtigung Deutschlands nicht anerkennen wollen, hatte heute der Reichskanzler v. Papen dem Chefredakteur der „République“ ein Interimsgesetz gegeben, das ohne Zweifel als der Beginn der deutschen Kapitulation zu betrachten ist.

Papen wies u. a. mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß er dem französischen Ministerpräsidenten bereits in Lausanne den Wunsch für den Abschluß eines deutsch-französischen Konsultativabkommens zum Ausdruck gebracht habe. Dieser Hinweis auf die Lausanner Vorschläge des deutschen Imperialismus, die bekanntlich in einem engen Zusammenhang mit den antikomunistischen Dreipunktpatänen Papens stehen, ist ein Wink für den französischen Imperialismus, auf welcher Basis Deutschland seine Kapitulation vor Frankreich zu vollziehen müncht.

Der Reichskanzler erklärte weiter, ein Wiederaufbau Europas

sei erst möglich, wenn man die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage anerkennt. Papen meinte zwar, Deutschland wünche nicht aufzurufen, er betonte aber im gleichen Atemzug, daß Deutschland gerade in dem Augenblick nicht auf die „Grundlage seiner Sicherheit“ verzichten könne, während alle anderen Mächte modern ausgerüstet seien. Er, Papen, sei der Auffassung, daß man zu einem Uebereinkommen kommen könne, das den gerechtfertigten Forderungen Deutschlands Rechnung trage. Die Vorbereitung dieses Uebereinkommens sei die Aufgabe der beiden anderen Mächte. Schließlich erklärte Papen, die Fortsetzung eines aufrichtigen Meinungs-austauschs zwischen Frankreich und Deutschland könne diese Aufgabe nur erleichtern, da sie zum besseren Verständnis der beiderseitigen Auffassungen beitrüge.

Der deutsche Imperialismus versucht also nach seiner belspieslosen Niederlage wieder mit vollen Segeln in die Arme Frankreichs einzuschwenken in der Hoffnung, durch eine solche Kapitulation unter der Führung des französischen Imperialismus mehr Bewegungsfreiheit für seine imperialistischen Expansionsbestrebungen zu erhalten.

Nach dem reformistischen Streikbruchabkommen:

Teilstreiks der englischen Weber

Zum ersten Male in der Geschichte Englands offen gegen die Gewerkschaftsbürokratie

London, 3. Oktober. Es ist der englischen Gewerkschaftsbürokratie zwar gelungen, durch ihr infames Streikbruchabkommen, das bekanntlich einen Lohnraub von 8 1/2 Prozent und die Emschung eines Komitees zur Einführung des Mehrwehlsystems vorsieht, sowie dem „guten Willen“ der Unternehmer die Wiedereinstellung der Gemäßigten überläßt — die einheitliche und geschlossene Streikfront der Weber von Lancashire zu zerlegen, aber diese Abwägung des großen Textilarbeiterkampfes ist für die Reformisten ein Vhrrusüßig.

In zahlreichen Städten des Industriegebietes setzen die Weber gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie und im schärfsten Kampf gegen den Polizeiterrord ihren Streik fort. In Nelson steht noch die gesamte Textilarbeiterfront unter Führung des selbständigen Streikkomitees im Kampf. Bisher ist es ihnen gelungen, die Cessnung der Betriebe durch die Unternehmer überhaupt von vornherein zu verhindern. Nun kündigen die Unternehmer an, daß sie am Montag die Betriebe öffnen wollen, das Streikkomitee organisiert als Antwort darauf Massenstreikposten vor jeder Fabrik. Die Arbeiter fordern nach wie vor eine Urabstimmung über die Weiterführung des Streiks.

Auch in Garby steht die Streikfront noch immer fest. Eine Massenversammlung der streikenden Arbeiter von Garby beschloß als einzige Führung das unabhängige Streikkomitee anzuerkennen, und nahm eine Entschlieung an, in der das Streikbruchabkommen der Gewerkschaftsführer verworfen und die Entschlossenheit der Arbeiter zum Weiterstreiken zum Ausdruck gebracht wird.

In Safford streiken die Arbeiter ebenfalls weiter, während die Betriebe mit Streikbrechern, die von großen Polizeiaufgeboten geschützt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen versuchen.

In Barrhead fand eine Massendemonstration von über 4000 Arbeitern statt, wo Weber und Erwerbslose gemeinsam für ihre Forderungen auf die Straße gingen.

Es ist zum erstenmal in der Geschichte Englands, daß größere Teile der Arbeiterschaft offen gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie einen Streik durchführten. Das bedeutet zweifellos einen Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Einen Wendepunkt, der das größte Entsetzen der Reformisten hervorruft. Haben doch die Weber von Lancashire deutlicher denn je in ihren eigenen Kampferfahrungen festgestellt können, daß die Kommunisten recht befehlten, als sie die Gewerkschaftsführer als die Stützen der Kapitalisten und ihrer Regierung hinstellten.

Mandschurei in Flammen

Charbin, 3. Oktober. Der chinesische Militäraufstand im Gebiet von Pailar und Mandschurei dehnt sich immer weiter aus. Die Aufständischen, denen sich teilweise mandschurische Regierungstruppen angeschlossen haben, sind nunmehr im Besitz des ganzen Gebietes westlich von Pailar. Sie haben einen internationalen Zug bei Anganchi überfallen.

Nach einem bei der Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn eingegangenen Telegramm haben die Bahnwachen in Mandschuri 68 dort ansässige Japaner getötet, in Puhatu 3 Japaner und in Pailar 9. In Mandschuri befinden sich außerdem das japanische Konsulat. Das Schicksal des Konsuls und des übrigen Konsulatspersonals ist noch unbekannt.

Wie hier verlautet, haben die aufständischen Truppen am Freitag Operationen eingeleitet, um die Eisenbahnlinie Pogranitschnaja—Charbin zu besetzen und damit den gesamten Eisenbahnverkehr auf der chinesischen Ostbahn stillzulegen. Zur Zeit haben sich Kämpfe an den Bahnlängen Charbin—Mandschurei und Charbin—Tschangtschun entwickelt, die schon teilweise zerstört sind. Die Lage der japanischen Garnisonen an der Strecke Charbin—Pogranitschnaja ist sehr ernst. Das japanische Oberkommando ist am Sonnabend mehrfach um Entsendung von Verstärkungen gebeten worden.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein altar Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

(1. Fortsetzung.)

Von den Vorzügen der Reize im Güterzug verführt und von dem Wunsch bewegt, sobald wie möglich nach Krasnojarsk zu kommen, nahm ich den Vorschlag des Schaffners an und fuhr, wie man das nennt, als „blinder Passagier“ mit.

Ich stieg in einen Wagen, den der Schaffner mir anwies. Der Zug setzte sich tatsächlich sehr bald in Bewegung. Auf einer der Stationen kam der Zugführer selbst in unseren Wagen. Raum war der Zug in Fahrt, kaum sog die Tajga an unseren Augen vorbei, als er, den Schaffnern zugewandt, plötzlich die Passagiere, die den Waggon füllten, laut ansprach: „Die Fahrkarten! Bitte die Fahrkarten!“

Es entstand eine allgemeine Verwirrung. Die Passagiere waren geschnappt.

„Ich so, ihr fuhr ohne Fahrkarten!“ schrie der Zugführer, „ich werd' euch schon zeigen, ihr Kerle, wie man ohne Fahrkarte fährt! Nachortin“, wendete er sich zu einem der Schaffner, „mach mal die Tür recht weit auf. Und du, Krimorotow, pack die Kerle am Kragen und schmeiß sie hinaus in die Tajga!“

Im Waggon erhob sich ein Quietschen, Weinen und Schreien. Es fuhren viele Bäuerinnen mit.

„Ich sagte dir doch, daß wir nicht mit diesem Lastzug fahren sollen!“ rief eine der Bäuerinnen ihrem Mann vorwurfsvoll zu. „Deinetwegen, du Dummkopf, werden uns jetzt die Bären im Wald fressen.“

„Was soll das bedeuten?“ wendete ich mich an den Schaffner, der mir vorgeschlagen hatte, in diesem Lastzug zu fahren. „Er soll's nur versuchen, mich aus dem Wagen zu werfen, dann fliegt er selber kopfüber hinaus!“

„Fürchten Sie sich nicht“, murrte der Schaffner. „er wird

Ihnen nichts tun, bleiben Sie ruhig sitzen: er will nur diesen Bagabunden hier einen Schreck einjagen. Tag für Tag spielen sich bei uns solche Komödien ab. Diese gelbbräunigen Bagabunden sind sehr geizig und versuchen es immer wieder, blind zu fahren.“

Die Sache nahm ein Ende, indem die „blinden Passagiere“ dem Zugführer Geld gaben — er ließ sie dann in Ruhe, und sie setzten ihre Reise fort.

Endlich erblickten wir Krasnojarsk. „Auf Wiedersehn“, jagte mir der Schaffner, „sieht find wir angekommen. Gehen Sie aber nicht durch den Haupteingang hinaus, sondern durch die kleine Pforte für das Dienstpersonal.“

In Krasnojarsk wohnten ziemlich viel politische Verbannte. Leider erinnere ich mich nicht mehr an ihre Namen.

Die Station der Tomsker Eisenbahn „Tajga“

In der Station „Tajga“, wo unsere Genossen G. M. Krizhanowski, S. P. Keworow und Prominskij lebten, hielten wir uns länger auf. Hier erfuhren wir die neuesten Nachrichten über Lenin. Er war im Frühling 1900 in Petersburg, wo er die „Istra“-Gruppe organisierte, verhaftet, nach drei Tagen aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden und reiste bald darauf ins Ausland. In München hatte er die erste Nummer der Zeitung „Istra“ (Funken) mit der Devise „Aus dem Funken wird eine Flamme entstehen!“ herausgegeben. Wir wußten aber nicht, daß Genosse Lenin nach München gefahren war, weil er schon damals befürchtete, daß in der Schweiz B. Axelrod und andere, die später gemeinsam mit Martow den Kern des Menschewismus bildeten, in der „Istra“ gegen die Durchführung seiner Grundlinie über die Rolle der Arbeiterklasse als Führerin der russischen Revolution einen gewissen Widerstand leisten würden.

Bei unserer Abreise von der Station „Tajga“ half uns die unermüdete Keworowa so eifrig beim Einsteigen, daß wir, Legnit und ich, irrtümlich in ein Damenabteil dritter Klasse einstiegen.

Nachdem wir unseren Irrtum bemerkt hatten, stiegen wir auf der nächsten Station in einen anderen Wagen um. Dort erblickten wir plötzlich Genossen K. den Krizhanowski als Schiffsbesitzer des Eisenbahnaufsehers für Streckenreparatur untergebracht hatte. Erzeugt über die Bezeugung, wollte ich zu ihm stürzen, blieb aber überrascht auf halbem Weg stehen, da Genosse K. mit einer ängstlichen Handbewegung auf seinen Vorgesetzten wies, der in der Nähe stand.

„Wie ist das möglich?“ sagt ich mir. „Er fürchtet sich, er

kann sich nicht entschließen zu mir zu kommen, so weit geht seine Angst vor der Obrigkeit! Der Zug bleibt aber doch nur zwei, drei Minuten stehen, fährt uns sofort wieder in die Ferne, und wir sehen uns vielleicht niemals wieder. Vielleicht verfaunt er die letzte Möglichkeit, seinem Kameraden die Hand zu drücken, ihm einige freundschaftliche Worte zu sagen.“

Auf Rs. Gesicht sah ich denselben Ausdruck der Mißstimmung, den ich auch bei anderen Genossen bemerkte, die Sibirien nicht verlassen und nicht weiter kämpfen wollten. Auch eine gewisse Scham vor mir war auf seinem Gesicht zu lesen. Es schien, als beneide er mich. Vielleicht war ich in seinen Augen ein Held, der, ohne auch nur einen Tag zu verfaumen, nach Rußland fährt, zum revolutionären, gefährlichen Kampf. Der Zug fuhr mit uns weiter, und er hat es nicht gewagt, sich mir zu nähern, von mir Abschied zu nehmen.

Streikende Studenten

Der Zug trug uns immer weiter und weiter. Alle Waggon waren mit Studenten der Tomsker Universität überfüllt, die den Streik erklärt hatten. Die revolutionäre Bewegung breitete sich im Jahre 1901 auf kleinstädtliche Schichten aus. Der Terror der sozialrevolutionären Partei begann. Karpowitsch tötete den Unterrichtsminister Bogoljepow. Unsere Partei sprach sich gegen den Terror der Sozialrevolutionäre aus.

Die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter, deren Führer die Vorposten unserer Partei waren, beeinflusste auch die Massenbewegung der kleinstädtlichen Schichten. So nahm die Studentenbewegung die Form von Streiks an. Die Studenten machten es den Arbeitern nach.

Die streikenden Studenten, die mit mir zusammenfuhren, jungen revolutionäre Pieder. Das Wort „Genosse“ benutzten sie nicht, sie sprachen einander mit „Kollege“ an.

„Wie verhalten Sie sich“, fragte ich einen von den Studenten, der mir als besonders aktiv erschien, „wie verhalten Sie sich zu den Lehren Karl Marx?“

„Die materialistische Philosophie Ihres Marx' ist veraltet“, antwortete er mir. „Die neue Wissenschaft hat diesen alten Plunder schon widerlegt.“

„Wer ist also jetzt der Rivale von Karl Marx, dem es gelang, zu beweisen, daß der Marxismus alter Plunder ist?“

„Avenarius“, antwortete er mir mit einer Sicherheit, die keinen Widerspruch duldete

(Fortsetzung folgt)